



# Transnationale Migrantengruppen und der Transport von Konflikten

Das Beispiel Türken und Kurden in Berlin

*Jan Hanrath*

**INEF-Report  
105/2012**

UNIVERSITÄT  
DUISBURG  
ESSEN

  
Institut für Entwicklung und Frieden

## AUTOR:

**Jan Hanrath, Dipl.-Soz.-Wiss.,** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) der Universität Duisburg-Essen. Seine Arbeitsschwerpunkte sind der Nahe und Mittlere Osten, Demokratie- und Zivilgesellschaftsförderung, Public Diplomacy sowie Migration und Integration. Derzeit arbeitet er an einem vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) geförderten Projekt zum Thema „Peaceful Change and Violent Conflict – The Transformation of the Middle East and Western-Muslim Relations“ mit.

E-Mail: [jan.hanrath@inef.uni-due.de](mailto:jan.hanrath@inef.uni-due.de)

## BIBLIOGRAPHISCHE ANGABEN:

Jan Hanrath: Transnationale Migrantengruppen und der Transport von Konflikten – Das Beispiel Türken und Kurden in Berlin. Duisburg: Institut für Entwicklung und Frieden, Universität Duisburg-Essen (INEF-Report 105/2012).



Impressum

### Herausgeber:

Institut für Entwicklung und Frieden (INEF)  
Universität Duisburg-Essen

Logo design: Carola Vogel

Layout design: Jeanette Schade, Sascha Werthes

Cover photo: Jochen Hippler

### © Institut für Entwicklung und Frieden

Lotharstr. 53      D - 47057 Duisburg  
Phone +49 (203) 379 4420      Fax +49 (203) 379 4425

E-Mail: [inef-sek@inef.uni-due.de](mailto:inef-sek@inef.uni-due.de)

Homepage: <http://inef.uni-due.de>

**ISSN 0941-4967**



# **Transnationale Migrantengruppen und der Transport von Konflikten**

**Das Beispiel Türken und Kurden in Berlin**

*Jan Hanrath*

**INEF-Report 105/2012**

Universität Duisburg-Essen  
University of Duisburg-Essen

Institut für Entwicklung und Frieden (INEF)  
Institute for Development and Peace



## ZUSAMMENFASSUNG

**Jan Hanrath: Transnationale Migrantengruppen und der Transport von Konflikten – Das Beispiel Türken und Kurden in Berlin. Duisburg: Institut für Entwicklung und Frieden, Universität Duisburg-Essen (INEF-Report 105/2012).**

Im Zuge von Globalisierungsprozessen scheinen sich Konflikte, die bislang auf ein bestimmtes Territorium begrenzt waren, durch Migration zu verbreiten und sich von ihren ursprünglichen lokalen oder regionalen Bezügen zu lösen. In einer Reihe von westlichen Städten traten und treten Spannungen und Konflikte zwischen verschiedenen Migrantengruppen auf, die die Konfliktkonstellationen in ihren jeweiligen Herkunftsländern zu reflektieren scheinen. Ansätze zur Erklärung solcher Konflikte fokussieren meist entweder auf Ursachen in den Herkunftsländern und sehen sie als Fortsetzung bestehender Konflikte, oder aber sie lokalisieren die Ursachen hauptsächlich im Kontext der Migration. Der vorliegende INEF-Report zeigt, dass diese beiden Argumentationszweige eher komplementär als gegensätzlich zu verstehen sind. Anhand der Konflikte zwischen Türken und Kurden in Berlin wird aufgezeigt, dass Entwicklungen, Konfliktstrukturen und einzelne Ereignisse in den Herkunftsländern einen Einfluss auf die Mobilisierung und die Identitätsbildung von Migrantengruppen in den Niederlassungsländern haben. Nichtsdestotrotz ist es auch der besondere Kontext im Gastland, der auf die Mobilisierung einwirkt und die Attraktivität einer Orientierung entlang ethnischer Linien steigert. Exogene und endogene Faktoren beeinflussen die Konfliktodynamiken, sodass sie nicht eine bloße Reproduktion und Fortführung der Kernkonflikte sind, sondern eine neue Form und Qualität gewinnen.

## ABSTRACT

Along with processes of globalization and transnational migration conflicts that were formerly confined to a certain territory have seemingly become dispersed and delocalized. In a number of Western cities tensions and conflicts between different migrant groups occurred that appear to reflect conflict constellations in their respective countries of origin. Approaches to the study of the occurrence of conflicts between ethnic groups in the host countries usually focus on either exogenous or endogenous factors. While the former hold that conflicts are rather imported and therefore a continuation of the core conflict in the country of origin, the latter locate the main reasons for conflict in the country of settlement. Analyzing conflicts between Turks and Kurds in Berlin, the INEF Report at hand shows that these two streams of argumentation are complementary rather than contradicting. Furthermore it illustrates that the conflicts between migrant groups in the places of settlement are not a mere reproduction and continuation of the core conflicts but gain a new quality.

# Inhalt

|   |           |
|---|-----------|
| <b>1. Einleitung</b> .....  | <b>5</b>  |
| <b>2. Transnationale Migration und Konflikt</b> .....                                       | <b>6</b>  |
| 2.1 Neue Dimensionen globaler Migration.....  | 6         |
| 2.2 Konflikte zwischen Migrantengruppen in den Niederlassungsländern .....                  | 8         |
| 2.2.1 Exogene Konfliktfaktoren – Der Kernkonflikt als Ursache .....                         | 10        |
| 2.2.2 Endogene Konfliktfaktoren – Konfliktursachen im<br>Niederlassungskontext .....        | 11        |
| 2.2.3 Das Zusammenspiel exogener und endogener<br>Konfliktfaktoren.....                     | 14        |
| <b>3. Konflikte zwischen türkischen und kurdischen Migrantengruppen<br/>in Berlin</b> ..... | <b>16</b> |
| 3.1 Migration aus der Türkei nach Berlin.....   | 17        |
| 3.2 Die Wurzeln der Kurdischen Frage in der Türkei .....                                    | 21        |
| 3.3 Auswirkungen der Situation in der Türkei auf Deutschland und Berlin .....               | 23        |
| 3.4 Facetten des türkisch-kurdischen Konflikts in Berlin.....                               | 26        |
| 3.5 Wahrnehmung von Konfliktursachen und -intensität in Berlin .....                        | 29        |
| <b>4. Fazit</b> .....   | <b>35</b> |
| <b>5. Literatur</b> .....   | <b>38</b> |





## 1. Einleitung

In den letzten Jahrzehnten sind zunehmend Prozesse der weltweiten Verflechtung von Wirtschaft, Politik, Kultur und Kommunikation zu beobachten, die allgemein unter dem Begriff der Globalisierung zusammengefasst werden. Diese Intensivierung der globalen Beziehungen schließt auch grenzüberschreitende Migration ein. Gemeinsam mit diesen Entwicklungen scheinen sich Konflikte, die bislang auf ein bestimmtes Territorium begrenzt waren, zu verbreiten und sich von ihren ursprünglichen lokalen oder regionalen Bezügen zu lösen. In einer Reihe von westlichen Städten traten und treten Spannungen und Konflikte zwischen verschiedenen Migrantengruppen auf, die die Konfliktkonstellationen in ihren jeweiligen Herkunftsländern zu reflektieren scheinen. Im Bereich der Migrations- und Konfliktforschung wurden bislang verschiedene Ansätze herangezogen, um das Phänomen des „Konflikttransports“ zu analysieren und zu erklären. Dabei fokussieren diese Ansätze zur Erklärung von Konflikten zwischen ethnischen Gruppen im Niederlassungsland meist entweder auf exogene oder endogene Faktoren. Während erstere davon ausgehen, dass Konflikte eher importiert sind, und es sich daher um eine Fortführung der Kernkonflikte des Herkunftslandes handelt, lokalisieren letztere die Ursachen für solche Konflikte im Kontext der Migration. Der vorliegende INEF-Report zeigt, dass diese beiden Argumentationszweige eher komplementär als gegensätzlich zu verstehen sind.<sup>1</sup> Des Weiteren wird gezeigt, dass Konflikte zwischen Migrantengruppen in den Niederlassungsländern nicht eine bloße Reproduktion und Fortführung der Kernkonflikte sind, sondern dass sie eine neue Form und Qualität gewinnen. Der Fall der türkischen und kurdischen Migrantengruppen in Berlin stellt in dieser Hinsicht ein aufschlussreiches Beispiel dar. Die Stadt Berlin ist Heimat einer großen Zahl von Immigranten aus der Türkei, die sich hier seit den frühen 1970er Jahren niedergelassen haben. In der Vergangenheit gab es immer wieder Spannungen und sogar gewalttätige Zwischenfälle zwischen Türken und Kurden, die einen Bezug zum Konflikt in ihrem Herkunftsland haben. Dieser Report geht der Frage nach, inwieweit man von einem Transport des türkisch-kurdischen Konflikts nach Deutschland und Berlin sprechen kann, und inwiefern sich der Konflikt in Form und Inhalt durch den Übertragungsprozesses verändert hat.

Im ersten Teil des Reports wird dargelegt, wie bisherige Ansätze zum Konflikttransport und zum Auftreten von Konflikten zwischen Migrantengruppen in den Niederlassungsländern kombiniert werden müssen, um diese Phänomene zu erklären. Es wird gezeigt, wie exogene und endogene Faktoren in diesen Konflikten zusammenspielen und wie sie zu deren Transformation beitragen. Im zweiten Teil wird dieser kombinierte Ansatz auf den Fall der Türken und

---

<sup>1</sup> Die Forschung zu diesem Report wurde im Rahmen des von der Europäischen Union im 7. Rahmenprogramm finanzierten Projekts „INFOCON – Civil Society Forum on Conflicts“ durchgeführt. Für hilfreiche Kommentare und Anregungen danke ich meinen Kolleginnen und Kollegen am INEF sowie Tome Sandevski und Hülya Dagli.



Kurden in Berlin angewendet. Der Report greift dabei auch auf Datenmaterial zurück, welches während der Feldforschung im Rahmen des Projektes „INFOCON – Civil Society Forum on Conflicts“ von Oktober 2008 bis April 2009 gewonnen wurde. In diesem Zeitraum wurden 26 semistrukturierte Interviews mit Vertretern<sup>2</sup> von Migrantenselbstorganisationen in Berlin durchgeführt. Die Interviewpartner wurden ausgewählt, um ein möglichst breites politisches und gesellschaftliches Spektrum zu repräsentieren. Durch den Fokus auf Vertreter von zivilgesellschaftlichen Organisationen wurden gezielt die Positionen und Praktiken von Multiplikatoren in den jeweiligen Migrantengemeinschaften untersucht. Zwar sprechen diese Befragten immer auch als Einzelpersonen und wurden auch zu eigenen biographischen Hintergründen befragt, sie repräsentieren in ihrer Funktion jedoch ebenso die Ausrichtung einer ganzen Organisation. Diese Befragungen wurden ergänzt durch etwa zehn Interviews mit Journalisten, Wissenschaftlern und Vertretern von Berliner Behörden. Die empirischen Daten, die in Interviews mit Vertretern von türkischen und kurdischen Migrantenselbstorganisationen (MSO) erhoben wurden, machen deutlich, dass eine Vielzahl von Faktoren innerhalb und außerhalb von Berlin eine Rolle beim Auftreten von Konflikten zwischen beiden Gruppen spielt.

## 2. Transnationale Migration und Konflikt

Globalisierungsprozesse gehen einher mit Veränderungen in den weltweiten Migrationsdynamiken. Sie beeinflussen die Lebenswirklichkeit der Migranten und haben so auch Auswirkungen auf mögliche Konflikte zwischen einzelnen Migrantengruppen. Elemente aus den Kernkonflikten treffen dabei auf die alltäglichen Lebensrealitäten in den Niederlassungsorten. Im Folgenden werden verschiedene Dynamiken genauer betrachtet, die einen Einfluss auf das Zusammenleben der Migranten haben.

### 2.1 Neue Dimensionen globaler Migration

Obwohl menschliche Wanderungsbewegungen alles andere als ein neues Phänomen sind – Massey et al. bezeichnen den Menschen auch als eine „migrierende Spezies“ (Massey et. al. 1998: 1) – so haben die rasanten Entwicklungen im Bereich der Verkehrs- und Kommunikationsmittel eine neue Dimension der Migration geschaffen. Ab Mitte der 1990er Jahre trug auch die Forschung in diesem Bereich jenen Entwicklungen Rechnung. Zunächst waren es vor allem klassische Push- und Pull-Faktoren, die innerhalb der Wissenschaft als Erklärungsansätze für Migration dienten. Im Fokus der klassischen Ansätze standen die Wirkungsmechanismen zwischen Ankunfts- und Herkunftsregionen, die zur Mobilität von Menschen führten. Gewaltsam ausgetragene Konflikte,

---

<sup>2</sup> Der besseren Lesbarkeit halber wird im Folgenden nur die männliche Form in der Pluralform personenbezogener Substantive benutzt. Gemeint sind jeweils Personen beiderlei Geschlechts.



Verfolgung, Hungersnöte, Naturkatastrophen und Perspektivlosigkeit waren hierbei typische Druckfaktoren und Grund für Emigration, während beispielsweise ökonomische Prosperität, politische Stabilität, demokratisch gefestigte Regierungen sowie Glaubensfreiheit als Sogfaktoren fungierten und Menschen zur Immigration motivierten. Im Mittelpunkt dieser Migrationsforschung standen lediglich der ein- (Emigration/Immigration) oder zweimalige (Rückkehrwanderung) Wohnortwechsel. Gekennzeichnet war diese Form von Migration durch die Tatsache, dass zwischen Herkunfts- und Einwanderungsland relativ wenig Kommunikation existierte, sodass der Kontakt zum Herkunftsland sehr schnell eine marginale Rolle im Leben der Migranten einnehmen konnte.<sup>3</sup>

Aufgrund des Fortschritts moderner Informations- und Kommunikationstechnologien, der Verfügbarkeit von schnellen und preiswerten Reiseangeboten sowie den Möglichkeiten des elektronischen Geldtransfers können Menschen heute über weite Distanzen hinweg Beziehungen zu ihren Heimatländer kontinuierlich pflegen und aufrechterhalten. Die Beziehungen von Migranten zu ihren Herkunftsländern sind dadurch vielschichtiger und komplexer geworden. So sind transstaatlich organisierte Migrationsströme entstanden, welche als oszillierend und zirkulär charakterisiert werden können.<sup>4</sup> Zeitlich begrenzte Aufenthalte und wiederholtes oder regelmäßiges Pendeln zwischen dem Herkunftsland und einem (oder mehreren) Aufnahmeländern sind typisch für diese Wanderungsform. Sie geht einher mit der Etablierung von transnationalen Sozialräumen, bei denen ökonomische, politische und kulturelle Beziehungen zwischen Personen und Gruppen die Grenzen von souveränen Staaten überschreiten (Faist 2000b: 10). Sowohl was das Herkunfts- als auch das Niederlassungsland betrifft, verliert der Nationalstaat als Referenzrahmen an Bedeutung. Anstelle der klassischen Referenzrahmen treten pluri-lokale Sozialräume, die sich über Nationalgrenzen hinweg aufspannen und die Lebenspraxis eines Migranten entscheidend beeinflussen. Migranten und ihre Nachkommen bauen so vielfältige soziale Beziehungen auf, die ihre Herkunfts- und Niederlassungsgesellschaft miteinander verbinden (Pries 2010). Neben internationalen Geschäftsbeziehungen beinhaltet dies z. B. auch die Etablierung von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die ihre Aktivitäten sowohl auf das Herkunfts- als auch auf das Niederlassungsland ausrichten, oder die Entstehung einer Populärkultur, die Aspekte aus beiden Kulturen kombiniert. Transnationalismus soll als ein Prozess verstanden werden

---

<sup>3</sup> Zu klassischen Migrationstheorien und Erklärungsansätzen siehe Castles/Miller 2009, Faist 2000a: 30 ff., Han 2006, Massey et. al. 1998: 17-59, Nuscheler 2004: 101 ff.

<sup>4</sup> Der hier angesprochene Ansatz der Transmigration beschäftigt schwerpunktmäßig die Migrationsforschung jüngerer Zeit. Es muss jedoch betont werden, dass ältere Idealtypen im Rahmen der Migrationsforschung (beispielsweise Emigrant/Immigrant, Rückkehrer/Remigrant, Diaspora-Migrant) nicht obsolet geworden sind. Diese Formen und Folgen von Wanderungsprozessen bleiben ein Teil der Realität. Sie müssen jedoch durch den neuen Typus des Transmigranten ergänzt werden, da sich die unterschiedlichen Formen der Migration gegenseitig beeinflussen und sich innerhalb einer Gesellschaft gegenüberstehen.





„by which immigrants forge and sustain multistranded social relations that link together their societies of origin and settlement. We call these processes transnationalism to emphasize that many immigrants today build social fields that cross geographic, cultural, and political borders“ (Bash/Glick-Schiller/Blanc-Szanton 1994: 7).

Diese Definition beinhaltet drei wesentliche Komponenten. Erstens geht sie im Gegensatz zu assimilationistischen Ansätzen davon aus, dass die Beziehungen zwischen Individuen und dem Nationalstaat nicht exklusiv sondern multipel sind. Zweitens können die Räume, in denen die Migranten arbeiten und ihr soziales, politisches oder religiöses Leben führen, nicht klar nach Herkunfts- und Niederlassungsland unterschieden werden. Drittens impliziert diese Definition, dass Transnationalismus potenziell jeden Aspekt des Lebens von Migranten betrifft (Martiniello/Lafleur 2008: 648f). Im Vordergrund steht infolgedessen die veränderte Qualität von Migration, die unabhängig von sozioökonomischer Klassifizierung der verschiedenen Gruppen von Bedeutung ist.<sup>5</sup> Diese neue Dimension der Migration hat Auswirkungen auf die Identität, die politischen Aktivitäten und das Zusammenleben der Einwanderer in den Aufnahmeländern. Gesellschaftliche und politische Entwicklungen in den Herkunftsländern wirken sich unmittelbar auf die Migrantengruppen aus, während diese ihrerseits versuchen, auf solche Entwicklungen Einfluss zu nehmen.

## 2.2 Konflikte zwischen Migrantengruppen in den Niederlassungsländern

Ein großer Teil der Immigranten in Europa kommt aus Ländern, in denen gewaltsame innerstaatliche Konflikte stattfinden, die häufig eine ethnische Komponente beinhalten. Aufgrund der Intensivierung von Kontakten zwischen den Herkunfts- und Niederlassungsorten wird angenommen, dass Konflikte in den Herkunftsländern einen steigenden Einfluss auf die Art und Weise haben, wie verschiedene Migrantengruppen in den Niederlassungsländern zusammenleben und interagieren. Konflikte zwischen solchen Gruppen werden daher häufig in Zusammenhang mit den Kernkonflikten betrachtet. Neben dem in der vorliegenden Studie behandelten Fallbeispiel türkeistämmiger Migrantengruppen sei u. a. verwiesen auf Konflikte zwischen Migrantengruppen aus der Region der afrikanischen Großen Seen (vor allem Hutus und Tutsis) in Brüssel, zwischen Serben und Kosovo-Albanern in London (Perrin 2010) oder Tamilen und Singhalesen in London (Baser/Swain 2010: 48 ff.). Trotz der sehr unterschiedlichen Konfliktkonstellationen, geschichtlichen Hintergründe und Migrationsmuster lassen sich Gemeinsamkeiten erkennen. Dies gilt vor allem auch für die Wahrnehmung der Konflikte in der jeweiligen Aufnahmegesellschaft. Das Niveau dieser Spannungen kann dabei sehr unterschiedlich sein. Als erste Stufe des Konflikts kann eine räumliche und gesellschaftliche Trennung der potenziellen Konfliktparteien innerhalb der Niederlassungsorte gelten. Das heißt, dass keine oder wenige soziale Kontakte zwischen Mitgliedern der

---

<sup>5</sup> Zur Diskussion um das Konzept Transnationalismus und dessen Kritik siehe z. B. Bauböck/Faist 2010, Kivisto 2001, Martiniello/Lafleur 2008, Portes/Guarnizo/Landolt 1999, Vertovec 2004.



Gruppen existieren und weitgehend „aneinander vorbei gelebt“ wird. Die Intergruppenbeziehungen sind im Wesentlichen von gegenseitigem Desinteresse geprägt. Es finden jedoch auch kaum gemeinsame Aktivitäten statt – so werden z. B. selten die gleichen Freizeitangebote genutzt oder zusammen kulturelle Veranstaltungen besucht. Zwar kann es für solche Konstellationen neben der Delokalisierung von Konflikten aus den Heimatländern auch eine Vielzahl anderer möglicher Gründe geben – z. B. können Kettenmigration und verwandtschaftliche Beziehungen einen großen Teil dieser Phänomene erklären. In vielen Fällen kann die räumliche und soziale Trennung jedoch bereits als gegenseitige Meidung und damit erste Stufe eines transportierten Konflikts gedeutet werden. Ein nächster Schritt ist der Konfliktaustrag auf einer diskursiven Ebene. Hier wird eine Einteilung in verschiedene Gruppen vorgenommen und durch die Konstruktion „des Anderen“ eine gegenseitige Stereotypisierung erreicht. Verbale Diskriminierungen und Stigmatisierungen können bis hin zu symbolischen Aggressionen gehen, bei denen die Symbole des jeweils anderen herabgesetzt oder eigene Symbole provokativ genutzt werden. Dies kann z. B. die Verunglimpfung von Flaggen, Nationalhymnen und Gedenkstätten oder das Ausrufen eigener Gedenktage sein. Gewaltsame Auseinandersetzungen stellen das höchste Eskalationsniveau dar. Dabei kann es sich um isolierte Aktionen von Einzeltätern oder aber um organisierte und konzertierte Maßnahmen handeln. Die Bandbreite reicht hier von Sachbeschädigungen bis Körperverletzungen, von Ausschreitungen im Kontext von Demonstrationen bis zu Jugendgewalt an Schulen.

Auslöser für die Eskalation der Konflikte, die die jeweilige Gewaltstufe erhöhen können, liegen häufig in den Herkunftsländern der Migranten. So können Ereignisse wie Militäraktionen, Terroranschläge oder Gerichtsurteile direkte Auswirkungen auf die Situation in den Städten der Niederlassungsländer haben. Andere Auslöser können ritualisierte Ereignisse wie Gedenktage an besondere Vorkommnisse im Kontext konflikthafter Auseinandersetzungen oder nationale Feiertage sein, in deren Zusammenhang es immer wieder zu erhöhten Spannungen kommt (Perrin 2010: 27f). Um die zugrundeliegenden Ursachen und Dynamiken solcher Konflikte zu analysieren, wurden in der Vergangenheit diverse Ansätze herangezogen, die auf verschiedene Faktoren außerhalb und innerhalb der Niederlassungsländer der Migranten fokussierten.

Insgesamt hat die Analyse von Konflikten zwischen Migrantengruppen in ihren Niederlassungsländern bislang nicht sonderlich viel Beachtung im Bereich der Migrations- und der Konfliktforschung gefunden. Während es eine Reihe von Forschungsarbeiten zur Rolle von Diasporas in den jeweiligen Konflikten in ihren Herkunftsländern gibt (vgl. z. B. Calließ 2004, Cochrane 2007: 19-29, Demmers 2002: 85-96, Horst 2010, Østergaard-Nielsen 2006, Lyons 2004, Zunzer 2004), wurde den Fragen nach einem potentiellen Konflikttransport durch Migrantengruppen in die Niederlassungsländer und inwieweit diese Konflikte zu den Kernkonflikten in Beziehung stehen, weniger Beachtung geschenkt. Zudem fokussieren die existierenden Studien entweder zu eng auf exogene, im Herkunftsland verortete, oder endogene, im Niederlassungsland verortete, Faktoren. Diesen Ansätzen gelingt es dadurch nicht ausreichend, Prozesse der Ethnisierung und Mobilisierung, das Auftreten von Konflikten



zwischen Migrantengruppen sowie die Transformation solcher Konflikte im Migrationsprozess zu erklären.

### 2.2.1 Exogene Konfliktfaktoren – Der Kernkonflikt als Ursache

Streitigkeiten, Spannungen und gelegentlich auch offene Gewalt zwischen Migranten haben oftmals die Annahme aufkommen lassen, dass die Kernkonflikte der Herkunftsländer fortgesetzt und von Migranten in ihren Niederlassungsländern ausgetragen werden. Diese Erklärungen ziehen vor allem exogene Begründungen heran. Eine Vielzahl der Konflikte, die seit Beginn der 1990er Jahre auftraten und häufig als „Neue Kriege“ bezeichnet werden, sind identitätsbasiert und ethnisch „aufgeladen“. Dabei handelt es sich um eine Ethnisierung von sozialen und politischen Unterschieden sowie struktureller Ungleichheit, der physische und kulturelle Merkmale zugrunde gelegt werden (Nuscheler 1996). In erheblich höherem Maße als zuvor sind Zivilisten Leidtragende dieser Konflikte, was einen deutlichen Anstieg der internationalen Flüchtlingszahlen zur Folge hatte. Auch wenn die meisten Flüchtlinge in ihrer jeweiligen Heimatregion verbleiben, sind diese Tendenzen auch in Europa spürbar. In dem Maße, wie die internationalen Migrationsströme zunahm und sich die Formen von kriegerischen Auseinandersetzungen weltweit änderten, nahm auch die Bedeutung dieser Kernkonflikte für die Niederlassungsländer zu.

Hinzu kommt eine allgemeinere Versicherheitlichung (Securitization) von Migration, die seit dem Ende des Kalten Krieges zu beobachten ist und die besonders nach den terroristischen Anschlägen vom 11. September 2001 deutlich wurde (Adamson 2006, Bigo 2002, Faist 2005). Im Zuge dieser Ereignisse wurde Migration von westlichen Regierungen in breitere Bedrohungswahrnehmungen eingebettet und mit verschiedenen Sicherheitsproblemen assoziiert. In dem damit verbundenen Diskurs wurde argumentiert, dass eine gestiegene Mobilität es Terroristen und Kriminellen ermöglicht, westliche Länder zu erreichen. Auch wenn gestiegene Mobilität und Migration nicht gleichzusetzen sind, wurde auch der „11. September“ oft als Paradebeispiel für den Zusammenhang von Migration und Sicherheit herangezogen (Pirkkalainen/Abdile 2009: 22). „The conventional approach, applied somewhat inconsistently, has been to view diaspora communities as potentially dangerous groups bringing their ‘homeland conflicts’ with them and therefore a perennial threat to social cohesion in host countries“ (Cheran 2003: 8).

In der Tat sprechen einige Aspekte für diese sogenannte Konfliktimportthese. Sie verortet die Ursachen von Mobilisierung und Konflikten zwischen verschiedenen Migrantengemeinden entlang ethnischer Linien vor allem in den sozialen Konstellationen und Konfliktstrukturen der Herkunftsländer (Brieden 1996). So ist z. B. auch für Baser offensichtlich, „that conflicts compel people to migrate, and paradoxically conflicts tend to migrate with people. [...] Therefore they keep reproducing the already existing homeland conflict dynamics in their country of residence and cause the re-localization of the disputes“ (Baser 2009).

Die Dynamiken transnationaler Vernetzung führen dazu, dass Entwicklungen und Einzelereignisse sowie bereits bestehende Konfliktstrukturen und gesellschaftliche Konstellationen in den Herkunftsländern von hoher Relevanz dafür bleiben, wie die einzelnen Migrantengruppen in der Diaspora zusam-



menleben und interagieren. Militäraktionen, Anschläge, Gerichtsurteile oder Wahlen können über Satellitenfernsehen, Twittermeldungen oder SMS unmittelbar und „in Echtzeit“ zu Reaktionen, Demonstrationen und schlimmstenfalls zu Gewaltausbrüchen in den jeweiligen Niederlassungsorten der Migranten führen. Diese Ereignisse tragen oftmals zu einer Neubewertung individueller Zugehörigkeitsgefühle bei. Häufig hängen auch in der Diaspora die Fortführung sozialer Beziehungen und die Bereitschaft zum Dialog von der Einstellung der einzelnen Person oder ganzer Organisationen hinsichtlich des Konflikts im Herkunftsland ab (Brieden 1996: 178ff.). Ganz grundsätzlich stellt sich dabei die Frage, warum sich Immigranten überhaupt heimatlandorientiert engagieren und sich verstärkt mit der eigenen Ethnie identifizieren. Brieden – als ein Vertreter der Konflikthandlungstheorie – sieht auch hier die Ursachen vor allem in den Gegebenheiten im Ursprungskontext. Er argumentiert, dass die Ursachen für interethnische Konflikte nicht im Spannungsverhältnis zwischen Immigranten und der Aufnahmegesellschaft zu finden sind, sondern aus den sozialen Konstellationen im Herkunftsland resultieren. Seiner Ansicht nach kann dann von dem Import eines Konfliktes gesprochen werden, wenn ein Konflikt im Herkunftsland zu Ethnisierungen im Niederlassungsland führt. Aus einer Analyse von Migrantengruppen aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei kommt er zu dem Schluss, dass Konflikte im Herkunftsland die Hauptursache für ethnische (Re-)Identifikationen sind (Brieden 1996: 46 f.). Kritiker dieser Schlussfolgerung haben angemerkt, dass er die Problemursachen ausschließlich in exogenen Faktoren sieht und dabei endogene Faktoren wie innen- und außenpolitische Interessen des Aufnahmelandes ignoriert. Zudem wird kritisiert, dass die Lebensbedingungen der Migranten im Herkunftsland und in der Migration als unzusammenhängend betrachtet werden, ohne die vielfältigen Verbindungen zwischen diesen zu berücksichtigen, wobei gleichzeitig internationale Wechselbeziehungen, Globalisierungsprozesse usw. ausgeblendet werden (Skubusch 2000: 51).

### **2.2.2 Endogene Konfliktfaktoren – Konfliktursachen im Niederlassungskontext**

Es spricht jedoch vieles dafür, dass auch endogene Faktoren bei der Betrachtung von Konflikten zwischen Migrantengruppen berücksichtigt werden müssen. Eine Reihe von Forschern geht im Gegensatz zu oben genannten Annahmen davon aus, dass es gerade die Bedingungen im Einwanderungsland sind, die bedeutend zu einer Identitätsbildung und Orientierung von Migranten beitragen, und die Konfliktdynamiken entsprechend aus ihnen resultieren. Es wird argumentiert, dass die Mehrheit der Einwanderer unter struktureller Diskriminierung leide und ihnen auch bei Integrationswilligkeit völlige Akzeptanz verwehrt bleibe. In den meisten europäischen Ländern sind gerade junge Menschen mit Migrationshintergrund teilweise erheblicher sozialer Benachteiligung ausgesetzt.

Auch in Berlin und anderen Teilen Deutschlands sehen sich Menschen mit einem Migrationshintergrund einer Reihe von Problemen und Benachteiligungen gegenüber. Dies ist besonders im Bereich der (Aus-)Bildung der Fall. Alle jüngeren Studien zu deutschen Schulen und dem Schulsystem insgesamt, am prominentesten die PISA-Studie zur internationalen Schulleistungsuntersu-



chung der OECD, haben gezeigt, dass Kinder mit einem Migrationshintergrund weit hinter jene Schüler ohne einen solchen Hintergrund zurückfallen. Das bedeutet, dass sie deutlich geringere Chancen während ihrer ganzen Schullaufbahn haben und die Schule überdurchschnittlich oft mit geringeren Abschlüssen verlassen als die Vergleichsgruppe von Jugendlichen ohne Migrationshintergrund (OECD 2006). Vor allem die Selektionslogik des mehrgliedrigen deutschen Schulsystems begünstigt diese Diskriminierung (Britz 2007, Stanat 2008). Dies führt zu einer benachteiligten Position auf dem Arbeitsmarkt und zu im Gesamtvergleich hohen Arbeitslosenzahlen unter Immigranten. Dies gilt sogar für die nachwachsenden Generationen. Die kontinuierliche Diskriminierung und strukturelle Benachteiligung bilden den negativen Kontext für Spannungen zwischen unterschiedlichen Gruppen (einen Überblick über „Ethnizität und soziale Ungleichheit“ gibt Filsinger 2010: 15 ff.). Die kommunale Politik und Behörden sind sich dieser Problematik bewusst und legen zunehmend Programme und Initiativen zur Erhöhung des Bildungsniveaus in dieser Bevölkerungsgruppe auf. Die Situation bleibt jedoch problematisch (Woellert/Kröhnert/Sippel et al. 2009). Allerdings würde es auch zu kurz greifen einen direkten Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher Integration im Aufnahmeland und einer Heimatorientierung bzw. eines Engagements für Probleme im Ursprungsland herzustellen. Sowohl für die erste Einwanderergeneration als auch deren Nachkommen schließen sich Integration und politischer Diasporaaktivismus nicht aus. Zumal eine vermeintlich gelungene Integration in die Aufnahmegesellschaft noch nichts über individuelle Diskriminierungserfahrungen aussagt.

Diskriminierungserfahrungen, Frustration und eine allgemeine Fremdenfeindlichkeit seitens der Aufnahmegesellschaft tragen zu einer Intensivierung der Tendenz zu Abgrenzung und Exklusion bei. Die Verwehrung von umfassenden gesellschaftlichen und politischen Partizipationsmöglichkeiten kann zu einer stärkeren Identifikation mit der eigenen ethnischen Gruppe führen. Angesichts der vielfältigen frustrierenden Erfahrungen und eines steigenden Gefühls der Ausgeschlossenheit, liegt es für viele nahe, sich der individuellen Vergangenheit zuzuwenden und die lebensgeschichtlichen Bezüge zu reaktivieren und zu betonen:

„Auf diese Weise tritt die Vergangenheit in den Vordergrund und erfahren Familie, Verwandtschaft, die Landsleute und die Herkunftsgesellschaft allgemein eine erhebliche Aufwertung. [...] Die Vergangenheit wird nach identitätsstützenden Momenten geradezu abgesehen werden. Schließlich wird so etwas wie eine ‚ethnic redefinition‘ inszeniert“ (Bukow/Ilaryora 1988: 52).

Diskriminierungserfahrungen werden zum auslösenden Moment für eine Orientierung entlang ethnischer Linien. Ethnien und ethnische Zugehörigkeit sind somit keine naturgegebenen Erscheinungen, sondern soziale Konstruktionen, die in Interaktionen im gesellschaftlichen Kontext hergestellt werden.

„(Selbst-)Ethnisierende Identitätskonstruktionen und Gruppenbildung können als eine Form der Auseinandersetzung mit ethnischen Zuschreibungen der Einwanderergesellschaft, als eine Form der Selbstbehauptung und als Ressource und Strategie in der Lebensbewältigung interpretiert werden“ (Filsinger 2010: 11).

Die Orientierung an der eigenen Gruppe, deren Mitglieder mit denselben Problemen und Gefühlen der Ausgrenzung durch die Gesellschaft und die Politik des Aufnahmelandes zu kämpfen haben, wird somit verstärkt. Ein

Ergebnis ethnischer Identifikationen ist, dass gegenseitige Stereotypen und negative Images produziert werden, die zu Spannungen und Konflikten zwischen verschiedenen Gruppen führen können. Eine wachsende Desillusionierung, der Mangel an Identität und damit die Suche nach Akzeptanz und Selbstbestätigung tragen zu einer Empfänglichkeit für radikale Agitation durch nationalistische Gruppen bei.

Neben diesen eher negativ konnotierten Umständen für eine Orientierung entlang ethnischen Linien spielen auch Entfaltungsmöglichkeiten und neue Freiräume in den Niederlassungsländern eine entscheidende Rolle für die individuelle Identitätsbildung. In Demokratien existieren allgemein keine grundsätzlichen Hindernisse für die Mobilisierung und Organisation von Menschen, da diese Freiheiten per Gesetz und aus der Tradition heraus garantiert sind (Swain 2002: 3). Wie auch für die im Fallbeispiel behandelte Gruppe von kurdischen Migranten gilt für eine ganze Reihe von Migrantengruppen, dass es erst diese demokratische Grundordnung, die damit verbundenen bürgerlichen Freiheiten und die Einwanderungspolitik der Aufnahmeländer waren, die ihnen die Möglichkeiten gab, ihre ethnische Identität offen zu leben, zu entwickeln und zu pflegen (Al-Ali/Black/Koser 2001). Teilweise wurde und wird kulturelles Bewusstsein auch im Zuge von multikulturalistischen Politiken durch die lokalen und nationalen Behörden gezielt gefördert. Dies geht oftmals einher mit einer erstmaligen Auseinandersetzung mit der eigenen Identität und eigenen ethnischen oder auch kulturellen Zugehörigkeitsgefühlen. Vorher selbstverständliche Verhaltensweisen werden nun lediglich als eine von vielen möglichen Handlungsoptionen erfahren. Als Reaktion darauf und in Abgrenzung zur Aufnahmegesellschaft wird die ethnische Identität des Individuums geschaffen. Zudem kann sich die Identitätsbildung „als aktive Rekonstruktion eines Abgrenzungskriteriums gegenüber anderen Gruppen zum Beispiel im Zuge sozialer Bewegungen oder als neutralisierende Rekonstruktion zur Verarbeitung von Misserfolgserebnissen“ (Falk 1998: 48) vollziehen. Die Möglichkeiten zur Pflege von eigenen Traditionen und kulturellen Praktiken, aber auch die gezielte Konstruktion von ethnischen oder diasporischen Gemeinschaftsverständnissen ist somit auf positive wie negative Weise mit dem Kontext im Niederlassungsland verbunden. Auf der einen Seite dient der Raum für politische und sonstige gesellschaftliche Mobilisierung, d. h. z. B. die verfügbaren Ressourcen, die politischen Gelegenheiten und die Meinungsfreiheit als Anreiz sich für heimatorientierte Aktivitäten einzusetzen. Auf der anderen Seite sind in der Migration erlebte soziale Exklusion, Ausbeutung, Diskriminierung und der Verlust von sozialem Status Gründe für einen herkunftslandorientierten Aktivismus (Demmers 2007: 15). Hinzu kommt, dass von verschiedenen Gruppen die Politiken des Aufnahmelandes als einseitig und parteiisch wahrgenommen werden. Während auf der einen Seite staatlichen Akteuren und Institutionen im Aufnahmeland vorgeworfen wird, Extremisten und Separatisten zu unterstützen, wird auf der anderen Seite mitunter argumentiert, dass sich eben diese Behörden zu sehr von der offiziellen Politik des Herkunftslandes beeinflussen lassen. So erscheint das Aufnahmeland als eine weitere Konfliktpartei im Zusammenhang des Herkunftskonflikts.





### 2.2.3 Das Zusammenspiel exogener und endogener Konfliktfaktoren

Vor dem Hintergrund dieser beiden Argumentationszweige ist es wichtig festzuhalten, dass es gerade das Zusammenspiel von exogenen und endogenen Faktoren ist, das die Weiterexistenz eines Konfliktes und dessen Transformation im Niederlassungsland definiert. Ohne Zweifel haben Entwicklungen, Konfliktstrukturen und einzelne Ereignisse in den Herkunftsländern einen Einfluss auf die Mobilisierung und die Identitätsbildung von Migrantengruppen in den Niederlassungsländern. Nichtsdestotrotz ist es auch der besondere Kontext im Gastland, der auf die Mobilisierung einwirkt und die Attraktivität einer Orientierung entlang ethnischer Linien steigert.

Zur Untersuchung solcher Entwicklungen können Theorien Sozialer Bewegungen herangezogen werden, die sich im Wesentlichen damit befassen, wie und warum sich Menschen für bestimmte gemeinschaftliche Ziele einsetzen. Nach Della Porta und Diani stellen informelle Informationsnetzwerke, geteilte Überzeugungen und Solidarität, kollektives Handeln mit einem Fokus auf Konflikte sowie die Anwendung von Protest wesentliche Charakteristika von sozialen Bewegungen dar (Della Porta/Diani 2005: 15f.). In Bezug auf das Mobilisierungs- und Aktionsrepertoire sowie hinsichtlich der Beeinflussung von Politik im Herkunfts- und Niederlassungsland werden Gemeinsamkeiten zwischen sozialen Bewegungen und Diasporaaktivismus deutlich (Baser/Swain 2010: 43 ff.). Adamson argumentiert, dass sowohl für soziale Bewegungen als auch Diasporas die strategische soziale Konstruktion einer transnationalen Identität von Bedeutung ist (Adamson 2008: 11f.). In Ergänzung zu Keck und Sikkink, die in ihrem Buch „*Activists Beyond Borders*“ drei Kategorien von transnationalen Netzwerken unterscheiden – erstens transnationale Wirtschaftsnetzwerke mit primär instrumentellen Zielen, zweitens Epistemic Communities, Wissensgemeinschaften, mit gemeinsamen Annahmen über Kausalzusammenhänge, und drittens Advocacy-Netzwerke mit gemeinsamen Prinzipien und Werten (Keck/Sikkink 1998: 30) – schlägt Adamson eine vierte Kategorie von transnationalen Netzwerken vor, die sich primär über eine gemeinsame kollektive Identität identifizieren (Adamson 2008: 12). Die gezielte Konstruktion von Identität dient dabei der Aktivierung einer transnationalen Anhängerschaft und der Organisation von ansonsten unverbundenen sozialen Netzwerken. Wie im weiteren Verlauf der Studie deutlich wird, zielen Akteure sowohl aus der türkischen als auch aus der kurdischen Migrantengemeinschaft eben auf solche Konstruktionen einer Gemeinschaftsidentität ab, um ihre (potentiellen) Mitglieder zu mobilisieren und zu organisieren. Diese Konstruktionsbemühungen stehen dabei häufig in Konkurrenz zueinander. Vor diesem Hintergrund wird das Zusammenspiel von exogenen und endogenen Faktoren auf verschiedenen Ebenen relevant. Ebenfalls unter Bezugnahme auf Theorien Sozialer Bewegungen identifiziert Sökefeld drei Dimensionen der Mobilisierung von Diasporas – oder transnationaler „vorgestellter“ Gemeinschaften („transnational imagined communities“), wie er sie nennt: Politische Gelegenheiten (1), Mobilisierungsstrukturen und Praktiken (2) sowie frames (3) (Sökefeld 2006: 270).

(1) Nach Tarrow umfassen die politischen Gelegenheitsstrukturen (political opportunity structure) z. B. die strukturellen Bedingungen für den Aufbau von





Organisationen aber auch die rechtlichen und verfassungsmäßigen Rahmenbedingungen, in denen die Forderungen nach Gemeinschaft und Identität artikuliert werden können (Tarrow 1994). Wie bereits erläutert, bieten westliche Demokratien für viele Migrantengruppen zum ersten Mal den Freiraum und die Möglichkeiten, ihre Forderungen zu äußern und abweichende Meinungen zu artikulieren. Daher sind es diese politischen Gelegenheitsstrukturen in den Niederlassungsländern, die es ermöglichen, Themen des Herkunftslands aufzunehmen und eine Gemeinschaft zu formen. Oftmals werden Immigranten von den lokalen Behörden und Politikern darin unterstützt, eigene Vereine und Organisationen zu gründen. Zudem haben in einer Reihe von Ländern multikulturalistisch orientierte Politiken zu einer Belebung und Förderung der jeweiligen Kulturen der Einwanderer beigetragen.

(2) Mobilisierungsstrukturen und Praktiken beziehen sich auf Netzwerke, über die Initiativen für gemeinschaftliche Aktionen verbreitet werden. Eine bestimmte Gruppenzugehörigkeit ist keine gegebene und permanente Tatsache der Lebenswirklichkeit von Migranten. Vielmehr muss sie kontinuierlich durch Akteure geschaffen werden, die dabei auf eine Vielzahl von Mobilisierungspraktiken zurückgreifen (Sökefeld 2006: 271 ff.). Solche Mobilisierungspraktiken bei der Schaffung einer imaginären transnationalen Gemeinschaft, wie z. B. Protestkundgebungen, kulturelle Aktivitäten oder Gedenkveranstaltungen, können dabei in der Form über die Zeit variieren.

(3) Frames bilden als Summe von Ideen und geteilten Bedeutungsgehalten den Bezugsrahmen für das Verständnis davon, was eine Gemeinschaft auszeichnet und den Migranten als Teil einer transnationalen Community definiert. Die Reaktion auf bestimmte Ereignisse und Entwicklungen, welche im Herkunfts- oder aber auch im Niederlassungsland stattfinden können, stellen wichtige Aspekte für die Herausbildung einer Diasporagemeinde dar. Akteure in diesen Diasporagemeinden formen und rahmen die Art und Weise, wie „der Andere“ oder ein Konflikt wahrgenommen werden. Diese Wahrnehmungen sind jedoch weder dauerhaft noch unumstritten, sondern bleiben im Fluss und sind abhängig vom Engagement und den Aktivitäten der Akteure.

Einzelereignisse und längerfristige Entwicklungen im Herkunftsland bleiben wichtige Bezugspunkte für die Migrantengruppen. Sie können zu unmittelbaren Reaktionen im Niederlassungsland führen. Nichtsdestotrotz sind es erst die spezifischen Bedingungen in den Niederlassungsländern, durch die diese Dynamiken eine solche Rolle spielen. Defizite und Fehlentwicklungen in nationalen Integrationspolitiken sind bedeutsam für Ethnisierungsprozesse und können Konflikte anheizen. Oftmals bedienen sich diese Konflikte der Kategorien und der Sprache der Kernkonflikte, sind aber auf andere Gründe zurückzuführen. So können Konfliktsituationen entstehen, deren zugrunde liegende Ursachen sozialer oder individueller Natur sind, jedoch in ethnischer Form ausgedrückt werden. Somit stellen die Kernkonflikte die Sprache und die Symbole bereit, die jedoch im lokalen Kontext aus anderen Gründen verwendet werden.

Die Konfliktkonstellationen der Herkunftsländer sind in hohem Maße kontextabhängig und beinhalten oftmals Auseinandersetzungen um Unabhängigkeit oder Autonomie, den Kampf gegen die Unterdrückung einer Minderheit etc. Obwohl diese Aspekte – z. B. durch verwandtschaftliche Loyalität oder



Lobbying für die genannten Themen – von Bedeutung für die Konflikte in den Niederlassungsländern bleiben, vermischen sie sich mit den Bedingungen im lokalen Kontext. Daher werden einzelne Migranten nicht unbedingt aufgrund ihrer tatsächlichen Beteiligung am Kernkonflikt aktiv, sondern wegen ihrer Sozialisation im Niederlassungsland und aufgrund von Identitätsbildungsprozessen basierend auf den hier gemachten Erfahrungen.

Exogene und endogene Faktoren müssen daher als komplementär und nicht als sich widersprechend angesehen werden. Unter Bedingungen transnationaler Migration spielen beide Einflussrichtungen eine Rolle bei der Entstehung von Konflikten zwischen Migrantengruppen. Sie tragen zu Konfliktdynamiken bei, die weder einfach importiert noch ausschließlich auf die Bedingungen im Niederlassungsland zurückzuführen sind. Daher sind Konflikte zwischen Migrantengruppen nicht eine bloße Reproduktion der Kernkonflikte, sondern erhalten eine neue Qualität, in der sich aus dem Migrationsprozess resultierende Aspekte wiederfinden. In diesem Sinne kann davon ausgegangen werden, dass politische Mobilisierung von Migranten und das Verhältnis zwischen verschiedenen Migrantengruppen das Resultat eines komplexen Zusammenspiels zwischen Ereignissen und Politiken im Herkunftsland, dem Prozess der Migration sowie der Niederlassung im Aufnahmeland sind (Østergaard-Nielsen 2003: 16). Dies wird im Folgenden anhand des Konflikts zwischen Türken und Kurden in Deutschland und Berlin verdeutlicht.

### **3. Konflikte zwischen türkischen und kurdischen Migrantengruppen in Berlin**

Immigranten aus der Türkei und ihre Nachkommen stellen den größten Teil der Menschen mit einem sogenannten Migrationshintergrund<sup>6</sup> in Deutschland und Berlin dar. In der Vergangenheit gab es immer wieder Spannungen und sogar gewalttätige Zwischenfälle zwischen Türken und Kurden, die den Konflikt in ihrem Herkunftsland widerspiegelten. Angesichts der großen Anzahl von Menschen mit einem türkischen oder kurdischen Migrationshintergrund, die in Deutschland und Berlin friedlich miteinander leben, sollte das Konfliktniveau allerdings nicht übertrieben werden. Nichtsdestotrotz machen es die Spannungsmomente und die gelegentlich aufflammende Gewalt zwischen diesen Gruppen notwendig, genauer nach den Ursachen und Dynamiken dieser Konflikte zu fragen. Gerade an diesem Beispiel kann deutlich gemacht werden, wie exogene und endogene Faktoren zusammenwirken. So spielen vergangene und aktuelle Ereignisse in der Türkei, die Zuwanderungsgeschichte sowie der nationale und lokale Kontext in Deutschland eine Rolle bei der Entfaltung von Konflikten zwischen beiden Gruppen.

---

<sup>6</sup> Diese Kategorie besteht aus folgenden Personengruppen: (1) Ausländer, d. h. Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft, (2) (Spät-)Aussiedler, die seit 1950 eingewandert sind, (3) eingebürgerte Personen, (4) Kinder (oder Erwachsene), deren Eltern in die Gruppen 1-3 fallen, und wenn mindestens ein Elternteil selber migriert ist.

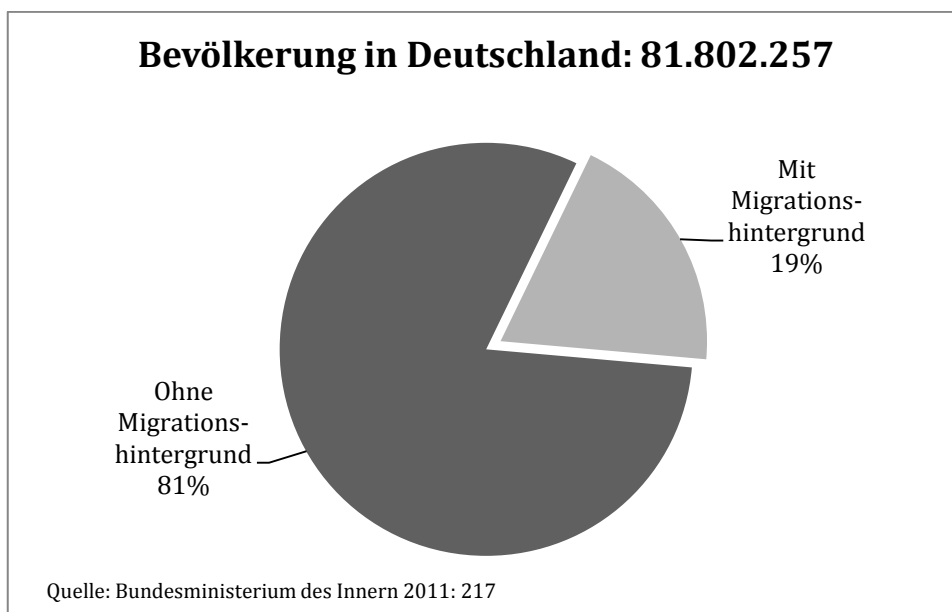


### 3.1 Migration aus der Türkei nach Berlin

Die Migration aus der Türkei nach Berlin begann Anfang der 1970er Jahre und hat sich seitdem – wenngleich mit unterschiedlicher Intensität – weiter fortgesetzt. Die Geschichte der Migration nach Berlin ist eng verknüpft mit den deutschlandweiten Einwanderungstrends, wobei jedoch einige Unterschiede und zeitliche Verzögerungen zu erkennen sind.

In den 1950er Jahren kam es in der Bundesrepublik aufgrund des wirtschaftlichen Aufschwungs zu einem Mangel an Arbeitskräften. Die Bundesregierung reagierte darauf mit der Unterzeichnung einer Reihe von bilateralen Vereinbarungen mit Staaten rund um das Mittelmeer über die Anwerbung von Arbeitskräften. Das erste Abkommen zur Anwerbung von so genannten Gastarbeitern wurde 1955 mit Italien geschlossen, das letzte 1968 mit Jugoslawien. Das Abkommen mit der Türkei wurde 1961 getroffen. Seit dieser Zeit ist Deutschland zu einem der wichtigsten Zielländer in Europa für Migranten geworden. Die bilateralen Verträge waren von Deutschland mit den jeweiligen Anwerbestaaten geschlossen worden, um mit der temporären Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer vor allem dem Arbeitskräftemangel in der deutschen Industrie und Landwirtschaft zu begegnen. Für die Entsendestaaten boten sie die Möglichkeit, die teilweise gravierende Arbeitslosigkeit zu mindern und durch die Zahlungen der Gastarbeiter an ihre Familien in der Heimat an Devisen zu gelangen. Die wirtschaftliche Krise von 1973 bewirkte zwar einen Anwerbestopp, aufgrund des in der Folge ermöglichten Familiennachzugs stieg die Zahl der Zuwanderer in Deutschland jedoch weiter an. Zudem wurde immer deutlicher, dass die als Arbeitskräfte ins Land gekommenen Menschen sich mit ihren Familien hier einzurichten begannen und eine Heimkehr häufig – wenn überhaupt – in eine weite Ferne rückte (Herbert 2003: 202 ff.).

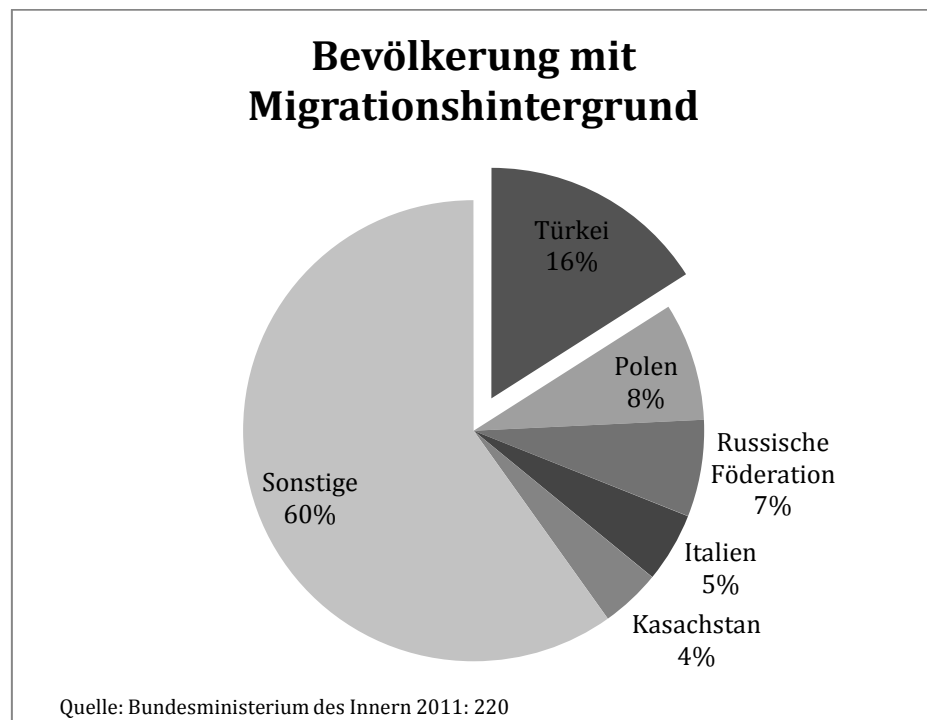
**Abb. 1: Bevölkerung in Deutschland mit Migrationshintergrund, Stand 2010**





Nach Angaben des Bundesministeriums des Innern haben heute in Deutschland rund 15,7 Millionen Menschen einen so genannten Migrationshintergrund. Dies macht 19,2 Prozent der Gesamtbevölkerung in Deutschland aus (Bundesministerium des Innern 2011: 217). Mit rund 2,5 Millionen stellen Immigranten aus der Türkei und ihr Nachwuchs den größten Teil der Menschen mit einem Migrationshintergrund dar (das sind ca. 16 Prozent der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland). Knapp 60 Prozent von ihnen haben eigene Migrationserfahrungen, alle anderen sind bereits in Deutschland geboren (Bundesministerium des Innern 2011: 219). Rund zwei Drittel der Türkeistämmigen hält nach wie vor die türkische Staatsbürgerschaft, das übrige Drittel die deutsche (Bundesministerium des Innern 2011: 204 ff.). Da die deutschen Statistiken zur Einwanderung lediglich nach Herkunftsland unterscheiden, existieren keine exakten Zahlen zu kurdischen Migranten. Die Schätzungen belaufen sich jedoch auf Zahlen zwischen 500.000 (Deutscher Bundestag 2000) und 800.000 (NAVEND o. D.).

**Abb. 2: Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland nach Hauptursprungsländern**



Die Mehrheit der Einwanderer aus der Türkei kam als Arbeitsmigranten nach Deutschland. Der Militärputsch in der Türkei 1980 löste jedoch auch eine große Welle von politischen Flüchtlingen aus. Neben einer Reihe von türkischen Künstlern und Intellektuellen waren es besonders Menschen kurdischer Herkunft, die das Land verlassen mussten. Im Jahr 1980 kamen mehr als die Hälfte aller Asylsuchenden aus der Türkei (Bundesministerium des Innern 2008: 16). In den späten 1980ern und frühen 1990ern führte der gewaltsame Konflikt zwischen dem türkischen Militär und der PKK (Partiya Karkerên Kurdis-

tan/Arbeiterpartei Kurdistans) und die systematische Zerstörung kurdischer Dörfer zu einer weiteren Welle kurdischer Flüchtlinge.

Im Gegensatz zu Landesteilen in Westdeutschland, in denen die Arbeitsmigration bereits seit der Mitte der 1950er Jahre zu einem Anstieg der nicht-deutschen Bevölkerung geführt hatte, erlebte Berlin erst wenige Jahre vor dem Anwerbestopp 1973 solche Migrationsbewegungen. Obwohl viele Gastarbeiter das Land wieder verließen, nachdem die Anwerbung von Arbeitskräften gestoppt worden war, blieben die Einwanderungszahlen aufgrund von Familienzusammenführungen auf einem hohen Niveau (Gerdes 2009). Im Allgemeinen war die Suche nach Arbeit der Hauptreisegrund für die Migranten. Nichtsdestotrotz war es für viele Auswanderer eine Gemengelage unterschiedlicher Gründe, die sie zur Ausreise bewog. Und während die weite Mehrheit der Türken als Arbeitsmigranten nach Berlin kam, waren unter den Kurden viele Flüchtlinge und Asylsuchende. Von den 1970er Jahren an setzte sich die Migration nach Berlin fort und die Bevölkerung mit einem Migrationshintergrund aus der Türkei stieg an.

Seit der Mitte der 1990er stagnierte bzw. sank der Anteil der nicht-deutschen Bevölkerung in Berlin. Dies ist teilweise auf einen Rückgang der Migrationsbewegungen zurückzuführen. Teilweise jedoch auch auf die Auswirkungen der nationalen Einwanderungspolitik. Obwohl die massive Zuwanderung von Immigranten offensichtlich war, weigerten sich die deutsche Regierung und weite Teile der Bevölkerung lange Zeit anzuerkennen, dass jene Menschen, die als Arbeitsmigranten gekommen waren, nun auch hier bleiben würden. Bis 1998 verfolgte die Bundesregierung eine offizielle Politik, die bestritt, dass Deutschland ein Einwanderungsland sei. Diese Politik ignorierte auch, dass sich Deutschland zu einer multi-ethnischen Gesellschaft entwickelt hatte. Erst 2000 wurde das Staatsangehörigkeitsgesetz geändert und restriktive Vorschriften modifiziert. Als direkte Folge des neu eingeführten Geburtsortprinzips (*ius soli*) konnten Kinder von nicht-deutschen Eltern unter bestimmten Voraussetzungen die deutsche Staatsbürgerschaft erlangen.<sup>7</sup> Dadurch wurde das weitere Ansteigen nicht-deutscher Generationen stark eingeschränkt.

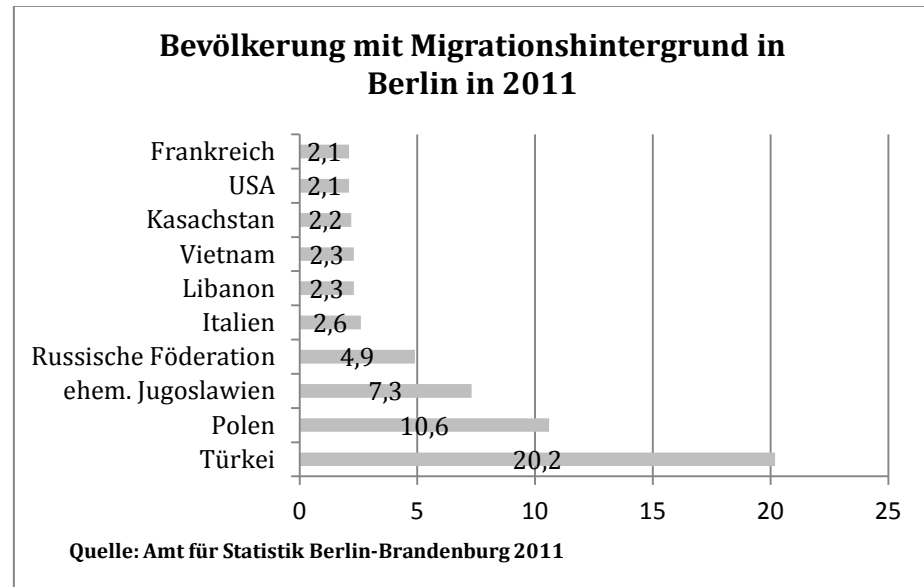


---

<sup>7</sup> Kinder von nicht-deutschen Eltern erhalten die deutsche Staatsbürgerschaft, wenn einer der beiden Elternteile mindestens seit acht Jahren rechtmäßig in Deutschland lebt und ein unbefristetes Aufenthaltsrecht hat (Bundesministerium der Justiz 2012: 2 f.).



**Abb. 3: Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Berlin nach wichtigsten Ursprungsländern in Prozent**



Die aktuelle Zahl der türkeistämmigen Menschen in Berlin wird in etwa auf 200.000 geschätzt. Geschätzte 50.000 haben einen kurdischen Migrationshintergrund (Greve/Orhan 2008: 13, 71). Die Gesamtpopulation Berlins liegt bei ca. 3,4 Millionen Einwohnern, wovon knapp ca. 458.000 Personen nicht-deutscher Nationalität sind (Amt für Statistik Berlin Brandenburg 2011). Unter den Einwohnern ohne deutsche Staatsbürgerschaft stellen mit 23,3 Prozent jene mit türkischer Herkunft die größte Migrantengruppe aus einem Land in Berlin dar.

Wie in Deutschland insgesamt ist auch in Berlin die Gruppe der Migranten aus der Türkei heute in hohem Maße diversifiziert und es ist nicht möglich, von „der“ türkischen oder „der“ kurdischen Community zu sprechen. Die Einwanderer unterscheiden sich hinsichtlich der Zeit ihrer Ankunft in Berlin, den Gründen für ihre Migration – ob z. B. zum Arbeiten oder Studieren, aufgrund von Familienzusammenführungen oder um Asyl zu beantragen – ihrem ethnischen und religiösen Hintergrund und ihrem sozialen Status. Des Weiteren können keine Generalisierungen über ihre Integration in die deutsche Gesellschaft gemacht werden (Hanrath 2011b).

Die Verteilung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund – und somit auch der türkischen und kurdischen – über die einzelnen Stadtviertel in Berlin ist sehr unterschiedlich. Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund ist besonders hoch in den Stadtteilen des ehemaligen Westberlins wie z. B. Kreuzberg, Neukölln, Schöneberg, Tiergarten oder Wedding. Auf der einen Seite zeigt dies die Unterteilung zwischen westlichem und östlichem Teil der Stadt. Das damalige Ostberlin hatte vor 1989 nicht dieselben Erfahrungen mit der Einwanderung von Gastarbeitern gemacht, wie es in Westberlin besonders zwischen den späten 1960ern und frühen 1970er Jahren der Fall war. Daher leben im Ostteil der Stadt auch heute noch vergleichsweise wenige Menschen mit z. B. italienischer, griechischer oder türkischer Herkunft. Auf der anderen Seite wird hier ein Unterschied zwischen den inneren und äußeren Stadtteilen



Berlins deutlich, wobei erstere häufig einen Ausländeranteil von deutlich über 20 Prozent aufweisen. Dies ist nicht zuletzt historisch begründet. Die ersten Arbeitsmigranten waren vielfach in Sammelunterkünften und betriebseigenen Herbergen untergebracht. Als ihre Familien nachzogen, mussten sie sich nach neuen Unterkünften umsehen. In den meisten Fällen fanden sie diese in den alten Häusern in den inneren Vierteln der Stadt, z. B. in Kreuzberg und im Wedding, welche durch den Bau der Berliner Mauer in die Peripherie gedrängt worden waren. Da ein Großteil der alten Bausubstanz auf seinen Abriss wartete, um Platz für neue Gebäude zu machen, wurden notwendige Reparaturen und Instandhaltungsmaßnahmen nicht mehr durchgeführt. Viele der ehemaligen Bewohner zogen aus und die „Gastarbeiter“, die ohnehin nur für eine begrenzte Zeit zu bleiben beabsichtigten, zogen ein. Aufgrund von Diskriminierungen auf dem Wohnungsmarkt war es zudem häufig die einzige Möglichkeit für sie, eine Unterkunft zu finden. Im Zuge von Kettenmigration zogen ganze Großfamilien und sogar ganze Dörfer nach Berlin, häufig in dasselbe Haus oder dieselbe Straße (Kapphan 2001).

### 3.2 Die Wurzeln der Kurdischen Frage in der Türkei

Die Kurdische Frage bleibt eines der drängendsten Probleme in der Türkei. Ihre Wurzeln lassen sich mindestens bis zur Gründung des modernen türkischen Staats zurückverfolgen. Die Kurden sind eines der ältesten Völker im Nahen Osten und siedeln seit ungefähr tausend Jahren in der Region der heutigen Staaten Türkei, Irak, Iran, Syrien und Teilen der ehemaligen Sowjetunion (McDowall 2005). Mit rund 18 Prozent der Gesamtbevölkerung bilden sie die größte nicht-türkische Minderheit in der Türkei (Central Intelligence Agency 2012). Als Mustafa Kemal, später auch Atatürk genannt, die Türkische Republik aus den Resten des Osmanischen Reichs aufbaute, setzte er eine Ideologie der türkischen Einheit durch. Diese basierte u.a. auf Prinzipien der Verwestlichung, der Säkularisierung und der Türkisierung. Mit der Festschreibung des Kemalismus in der türkischen Verfassung von 1927 verschlechterte sich die Situation der Kurden erheblich. Sie bestritt die bloße Existenz einer eigenen kurdischen Volksgruppe und verbot und bestrafte jegliche Ausdrucksform ihrer Kultur. Bis 1991 blieb der Gebrauch der kurdischen Sprache sowohl im öffentlichen als auch im privaten Bereich verboten. Der türkische Staat verfolgte eine Strategie der Zwangsassimilation und Tausende Kurden wurden in den westlichen Teil der Türkei deportiert und ihre Dörfer vernichtet. Die kurdischen Gebiete blieben die unterentwickeltesten Regionen der ganzen Türkei. Seit der Gründung der Türkischen Republik und der drastischen Durchsetzung des Kemalismus hatte es immer wieder vereinzelt Aufstände von Kurden gegeben. Diese waren jedoch meist lokaler und zeitlich begrenzter Natur und wurden erfolgreich niedergeschlagen. Mit der Gründung der PKK durch Abdullah „Apo“ Öcalan im Jahr 1978 begann jedoch eine neue Phase des Konfliktes.<sup>8</sup> Die marxistisch-leninistisch orientierte Organisation kämpfte gegen die Unterdrückung des

---

<sup>8</sup> Für einen Überblick über die Dimensionen der Kurdischen Frage siehe Ibrahim/Gürbey 2000.



kurdischen Volkes und für eine neue Gesellschaftsordnung. Nach einer weiteren Radikalisierung der Gruppe durch den Militärputsch von 1980, begann die PKK 1984 ihren bewaffneten Kampf gegen die türkische Regierung. Der türkische Staat reagierte darauf mit der Errichtung des so genannten Dorfschützersystems und der Verhängung des Ausnahmezustands über die kurdischen Regionen. Bei dem Dorfschützersystem handelt es sich um die Installation von loyalen, paramilitärischen Verbänden zur Bekämpfung der PKK (Zentrum für Türkei studien 2008: 78). Die PKK verlegte daraufhin ihre militärische Kommandozentrale in die damals von Syrien kontrollierte Bekaa-Ebene des Libanon, von wo aus sie die Guerillaaktionen in der Türkei koordinierte. Während 1984 erst geschätzte 400 bis 500 PKK-Kämpfer in der Türkei aktiv waren, stieg ihre Anzahl bis zur Mitte der 1990er Jahre auf einige Zehntausend an (Falk 1998: 116). Der Bürgerkrieg in der Osttürkei zwischen der PKK und dem türkischen Militär sowie dessen loyalen Dorfschützerverbänden eskalierte und führte zu hohen Opferzahlen, der Zerstörung hunderter kurdischer Dörfer sowie in großem Umfang zu der Vertreibung und Deportation von Kurden. Nach Angaben des türkischen Militärs starben im Zuge des Konflikts seit 1984 schätzungsweise 40.000 Menschen bei Gefechtshandlungen oder anderen gewaltsamen Aktionen (Güsten 2009: 22). Seit der Mitte der 1990er Jahre sank dann das Gewaltniveau in der Türkei. Dies änderte sich selbst dann kaum, als der PKK-Führer Abdullah Öcalan im Februar 1999 von türkischen Agenten in Kenia entführt und in die Türkei gebracht wurde. Nachdem er ursprünglich zum Tode verurteilt worden war, wurde dieses Urteil in eine lebenslängliche Haftstrafe umgewandelt, welche er derzeit auf der Gefängnisinsel İmralı verbüßt.

In der Vergangenheit haben alle türkischen Regierungen, wenngleich mit unterschiedlicher Vehemenz und Rhetorik, eine harte Haltung gegenüber dem von ihnen als Terrorismusproblem wahrgenommenen Konflikt in den kurdischen Gebieten eingenommen. Seitdem die AKP (Adalet ve Kalkınma Partisi/Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung) unter Recep Tayyip Erdogan in den Parlamentswahlen von 2007 an die Macht kam, hat sich jedoch der Ton und der Ansatz bezüglich der Kurdischen Frage in verschiedener Hinsicht geändert. Das Thema mit seinen innenpolitischen wie internationalen Aspekten wird nun offener und detaillierter in der Öffentlichkeit und den Medien diskutiert, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Die Kurdische Frage ist nun kein Tabuthema mehr oder keiner besonderen Zensur unterworfen und wird nicht mehr ausschließlich auf die Aspekte des separatistischen Terrorismus beschränkt behandelt (Kesen 2009: 37). Die AKP leitete zudem einige Schritte zur Verbesserung der kulturellen Rechte der Kurden ein, so z. B. die Einrichtung von Kursen in kurdischer Sprache und Literatur an türkischen Universitäten und die Eröffnung eines kurdischsprachigen sechsten Kanals des staatlichen Fernsehsenders TRT (Türkiye Radyo ve Televizyon Kurumu). Insgesamt bleibt das Vorgehen der AKP jedoch unklar und inkonsistent. Während sie einige Verbesserungen im Bereich der individuellen Freiheiten durchsetzte, blieb sie im Bereich der kollektiven Rechte zurückhaltend. In der jüngeren Vergangenheit sind allerdings deutliche Rückschritte zu erkennen. Immer öfter geht die türkische Regierung wieder militärisch gegen vermeintliche kurdische Separatisten vor und lässt Vertreter der kurdischen Partei BDP (Barış ve Demokrasi Partisi/Partei des Friedens und der Demokratie) verhaften. Die AKP ähnelt





inzwischen immer mehr den alten staatstragenden Parteien, so dass sie auch und gerade in der kurdischen Bevölkerung, die zunächst große Hoffnungen an sie geknüpft hatte, an Rückhalt verliert. Vor dem Hintergrund des Bürgerkriegs in Syrien verschärft sich die Gangart in den kurdischen Gebieten weiter. Während sich die PKK durch die Entwicklungen im Nachbarland, wo Kurden bereits Teile des syrischen Staatsgebiets kontrollieren, angespornt fühlt, Angriffe gegen den türkischen Staat und das Militär durchzuführen, entgegnet diese mit zunehmender Härte und einer Erhöhung der Truppenstärke in den unruhigen Landesteilen (Frankfurter Allgemeine Zeitung 11.9.2012).

### 3.3 Auswirkungen der Situation in der Türkei auf Deutschland und Berlin

Die politische Situation in der Türkei spiegelt sich in vielfacher Art in Deutschland und Berlin wider. In der einen oder anderen Weise ist heute das ganze Spektrum türkischer Parteipolitik in Deutschland präsent. Das linke Spektrum erstreckt sich von „orthodoxen“ Kommunisten und maoistischen Gruppen bis hin zu eher im Mainstream angesiedelten Organisationen mit Verbindungen zu den sozialdemokratischen Parteien in der Türkei, von denen sich viele die Verteidigung der kemalistischen Prinzipien auf die Fahnen geschrieben haben. In ähnlicher Weise umfasst das rechte Spektrum sehr verschiedene Gruppen, wie etwa rechtsextreme und nationalistische Organisationen sowie moderatere Vereinigungen, welche den konservativ-liberalen Parteien in der Türkei nahe stehen (Østergaard-Nielsen 2003: 49 ff.).

Neben diesen entlang parteipolitischer und ideologischer Kategorien orientierten Organisationen existieren Gruppen, welche ihre Anhänger mit Themen wie religiöser Freiheit, so z. B. Milli Görüs oder verschiedene alevitische Organisationen, oder aber aufgrund von ethnischer Zugehörigkeit, wie etwa der kurdischen, mobilisieren. Die Situation der Kurden und der anhaltende Konflikt in der Türkei hatten und haben aufgrund der großen Anzahl vom Immigranten aus der Türkei auch Auswirkungen in Deutschland.

Unter den Gastarbeitern und Flüchtlingen aus der Türkei waren auch immer schon Kurden. Die meisten von ihnen entdeckten ihr „Kurdischsein“ jedoch erst, als sie sich in Europa niederließen (Leggewie 1996). Sie sahen sich zunächst selbst als Türken und falls die kurdische Sprache und Kultur überhaupt gepflegt wurde, so blieb dies auf den privaten Rahmen beschränkt. Zunächst bewahrte nur eine recht kleine Zahl von kurdischen Flüchtlingen und Intellektuellen ihre kurdische Identität. Ab der Mitte der 1970er wuchs unter Einwanderern kurdischer Herkunft jedoch das Bewusstsein einer kurdischen Identität und das Gefühl ethnischer Zugehörigkeit. Dieser Trend wurde durch den Militärputsch in der Türkei 1980 und seine Folgen noch verstärkt. Die Ankunft einer großen Anzahl von neuen Immigranten, die die Türkei aus politischen Gründen verlassen hatten, führte zu einer verstärkten Politisierung und Mobilisierung der kurdischen Gemeinschaft. Im Falle der Kurden war es von besonderer Bedeutung, dass erst die politischen Gelegenheitsstrukturen, d. h. die demokratische Grundordnung und die bürgerlichen Freiheiten, die sie im Exil genossen, sie mit den notwendigen Möglichkeiten versahen, ihre kurdische Identität offen zu leben und zu pflegen.



Aufgrund ihrer gut funktionierenden Strukturen war dabei die PKK eine treibende Kraft. Eines ihrer Hauptziele war die Schaffung einer Diaspora mit starkem Zugehörigkeitsgefühl und innerem Zusammenhalt, um Glaubwürdigkeit für ihre Forderungen nach einem freien oder doch zumindest semi-autonomen Kurdistan zu gewinnen. Dies beinhaltete eine gezielte Identitätskonstruktion, die der Mobilisierung einer möglichst großen Anhängerschaft dienen sollte. Ihre Aktivisten definierten alle Kurden als Vertriebene mit einer gemeinsamen Geschichte und einer kollektiven Vision von einem geographisch klar definierten Heimatland. Im Kontext eines solchen Framings erschien eine Rückkehr zu diesem Ort, sobald es die Umstände zuließen, als erstrebenswert. Daher galt der Erhalt oder die Rekonstruktion dieses historischen Heimatlandes als gemeinsame Verpflichtung (Mertens 2000: 181). Der Aktivismus der PKK in Deutschland durchlief verschiedene Phasen. Von 1984 bis 1988 versuchte die Organisation, Aufmerksamkeit für die Situation im Osten der Türkei durch eher konventionelle Formen des Protestes zu gewinnen, wie z. B. Solidaritätskampagnen, die Besetzung von Partei- und Gewerkschaftsbüros sowie Demonstrationen. Zudem kämpfte die PKK mit anderen kurdischen Organisationen um die Vormachtstellung innerhalb der kurdischen Gemeinschaft. Diese Auseinandersetzungen nahmen zum Teil gewaltsame Formen an, von Körperverletzung bis sogar zum Mord. In dieser Zeit fielen auch einige PKK-Dissidenten Attentaten zum Opfer. In einer zweiten Phase von 1989 bis 1991 fokussierte sich die Organisation vor allem auf die Rekrutierung und Mobilisierung ihrer Anhänger. Während dieser Zeit gelang es der PKK, ihre vorherrschende Position unter den Kurden in Deutschland zu festigen. Als eine Reaktion auf die Zuspitzung des Konflikts in der Osttürkei, begann 1993 eine Serie von Attacken auf türkische Institutionen und Geschäfte. Im Juni dieses Jahres stürmten kurdische Aktivisten das türkische Konsulat in München und nahmen Teile des Personals als Geiseln (Lyon/Uçarer 2005: 73 f.). Diese Eskalation der Gewalt führte zu einem Verbot der PKK und ihr nahe stehender Organisationen durch den damaligen Bundesinnenminister Manfred Kanther. Sie wurden als terroristische Organisationen für illegal erklärt, was grundsätzlich eine härtere Bestrafung als für normale Kriminalität ermöglichte. Diese Maßnahmen zeigten jedoch nicht die gewünschte Wirkung, da die gewaltsamen Demonstrationen anhielten und sogar noch zunahmen. 1994 wurden im Zuge massiver Proteste von Kurden auch deutsche Autobahnen besetzt, was wiederum zu heftigen Auseinandersetzungen mit der deutschen Polizei führte. Diese Ereignisse verschafften der PKK noch mehr Rückhalt unter Kurden und führten zu steigender Militanz in der Gemeinschaft. Viele kurdische Organisationen wurden in der Folge gegründet und schon bald darauf von den Behörden wieder verboten. Dies führte zu einem schier endlosen Kreis von Gründung, Verbot und Neugründung von Organisationen und Vereinen. Viele Kurden sahen das PKK-Verbot als Beweis für eine generelle Diskriminierung der Kurden und als eine grundlegende Einschränkung des Versammlungsrechtes. Es entwickelte sich eine Wahrnehmung, die auch gezielt gefördert wurde, dass hier die Diskriminierung der Kurden in der Türkei auch in Deutschland fortgesetzt wurde. Insgesamt diskreditierte die PKK-Gewalt die kurdische Gemeinschaft in weiten Teilen der deutschen Öffentlichkeit und trug zu einer allgemeinen Fremdenfeindlichkeit bei (Scheufele 2002). Zudem trieb sie die Beliebtheit von türkisch-nationalistischen Organisationen in die Höhe. Das mit dem Kur-



distankonflikt verbundene hohe Gewaltniveau und die Spannungen sanken, als Abdullah Öcalan 1996 zu einem Ende gewaltsamer Aktionen in Deutschland aufrief. Dies spiegelte einen allgemeinen Kurswechsel der PKK-Führung wider, welche nun eine eher politische Strategie in Europa verfolgte. Großdemonstrationen und teilweise auch Gewalt flammten europaweit wieder auf, als Öcalan 1999 gefangen genommen wurde. Innerhalb von Stunden nach Bekanntwerden der Nachricht fanden massive Demonstrationen in allen größeren Städten Deutschlands statt, auch in Berlin.

Trotz ihres Verbots besitzt die PKK nach wie vor ein hohes Mobilisierungspotential. Eine wichtige Rolle spielen dabei verschiedene kurdische Medien und insbesondere der über Satellit zu empfangende Fernsehsender Roj TV. Dieser Sender ist der Nachfolger der früheren Sender MED TV und MEDYA TV, welche seit 1995 aus verschiedenen europäischen Ländern sendeten. Während ein früheres Wiedererwachen kurdischer Literatur nur eine sehr kleine Klientel von gebildeten Menschen mit engem Bezug zu ihrer Kultur erreichte, sprachen diese TV-Sender eine viel größere und vielschichtigere Zielgruppe an (Bruinessen 2000). Da jedoch die türkische Regierung erheblichen Druck auf jene Staaten ausübte, aus denen die kurdischen Stationen sendeten, wurden diese mehrfach geschlossen und in anderen Ländern wiedereröffnet. Heute sendet Roj TV von Dänemark aus eine Mischung aus politischen, kulturellen und Unterhaltungsformaten.

Auf der anderen Seite haben auch türkische Medien einen Einfluss auf Migranten und tragen mitunter durch nationalistische Berichterstattung zur Eskalation von Konflikten bei. Türkeistämmige Menschen in Deutschland nutzen eine Vielzahl von Medien, um sich über die Situation in der Türkei zu informieren. Das Internet und Satellitenfernsehen spielen für beide Gruppen eine wichtige Rolle und zudem ist eine Reihe von türkischen und kurdischen Printmedien in Europa erhältlich. Darüber hinaus halten die meisten Migranten über Telefon, E-Mail und anderen Formen der Internetkommunikation einen ständigen Kontakt mit Freunden und Verwandten in der Türkei.

Insgesamt lassen sich zwei Entwicklungen hinsichtlich der Auswirkungen des kurdischen Konflikts in der Türkei auf die Beziehungen zwischen Türken, Kurden und Deutschen in Deutschland erkennen. Zum einen kommt es zu einem Rückzug von türkischen und kurdischen Migranten in die jeweils eigene Gruppe sowie zu steigender Politisierung, gegenseitiger Entfremdung und Polarisierung. Dies wird vor allem in der zunehmenden Mobilisierung von Jugendlichen durch die PKK und türkisch-nationalistische Organisationen, dem Anstieg der neu gegründeten kemalistischen Vereine und dem sich verringern den Spielraum für Moderate und Gesprächswillige auf beiden Seiten deutlich. Politisierung und Mobilisierung halten an und führen zu einer zunehmend exklusiven Identifizierung von Türken und Kurden mit ihrer eigenen ethnischen Gruppe. Deniz Düzel zeigt dies z. B. für junge Kurden in Deutschland (Düzel 2006), Susanne Schmidt für die gleiche Gruppe in Nordrhein-Westfalen (Schmidt 2000) und Kemal Bozay für die Orientierungen junger türkischer Migranten und ihrer Einstellungen zu türkisch-nationalistischen Organisationen (Bozay 2000). Zum anderen hat die gestiegene Kriminalisierung von Migranten und Kurden im Besonderen zu einer vorurteilsbelasteten Wahrnehmung dieser Gruppe geführt. Gewalttaten durch die PKK, das Verbot von ihr nahe



stehenden Organisationen sowie polizeiliche Maßnahmen gegen kurdische Vereine haben zu einer Diskreditierung der kurdischen Gemeinschaft und zu einer allgemeinen Fremdenfeindlichkeit beigetragen (Gürbey 1999: 184).

Alle oben genannten Studien kommen zu dem Schluss, dass neben Entwicklungen und Ereignissen im Herkunftsland die Erfahrungen in Deutschland Haupterklärung für Selbstethnisierungsprozesse sind. Wahrgenommene Diskriminierung, Mangel an Perspektiven sowie Benachteiligungen im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt tragen zu einem Rückzug in ethnische Nischen bei:

„Most models of racial and ethnic identity suggest that a common precursor of identity development is having experiences with ethnic prejudice or discrimination that serve as an ‘encounter.’ These experiences would stimulate explorations into the meaning of one’s ethnicity, often leading to strong positive attitudes toward one’s own ethnic group (...)” (Verkuyten/Brug 2002: 127).

Der Rückzug in die ethnische Gruppenzugehörigkeit ist jedoch nicht die einzige mögliche Reaktion auf Frustration und Diskriminierung, wie z. B. das Phänomen der wachsenden Bedeutung des Islamismus unter türkischen und arabischen Jugendlichen zeigt (Heitmeyer/Müller/Schröder 1997). Da sich das komparative INFOCON-Projekt vor allem mit ethnischen Gemeinschaften und Identitäten beschäftigt hat, wurde auch in der vorliegenden Studie dieser Fokus übernommen. Ethnische Identität und Zugehörigkeitsgefühle zu einer bestimmten ethnischen Gruppe stellen jedoch nur einen Teil möglicher Identifikationen von Individuen dar. Identitäten sind vielschichtige und komplexe Phänomene. Multiple Identitäten und Zugehörigkeitsgefühle sind für ein Individuum möglich, welche von hierarchischer Bedeutung und stark kontextabhängig sein können. So kann sich eine Person zu allererst als Türke in einer Situation fühlen, als Kurde, Deutscher oder Muslim in einer anderen. Manche Identitäten wie religiöse Überzeugung, Klassenzugehörigkeit oder Gender können quer zu ethnischen Identitäten verlaufen. In der aktuellen Debatte in Deutschland über die Integration von Migranten wird besonders die Rolle der Religion – d. h. vor allem des Islam – diskutiert. Daher hat sich der Fokus der Politik und großer Teile der deutschen Öffentlichkeit von nationalen und ethnischen Kategorien zu religiösen verschoben, was wiederum Rückwirkungen auf die Selbstidentifikationen von Menschen mit einem Migrationshintergrund aus muslimisch geprägten Ländern hat (Spielhaus 2006). Zugehörigkeitsgefühle zu ethnischen oder nationalen Gemeinschaften schließen sich nicht gegenseitig aus und müssen nicht zwingend der wichtigste Teil der individuellen Identität sein. Daher dürfen türkische und kurdische Gemeinschaften nicht als monolithische Blöcke gesehen werden, welche unverändert über die Zeit und isoliert von der Aufnahmegesellschaft existieren. Andere Bezugspunkte, wie z. B. alevitische Religiosität oder das Zugehörigkeitsgefühl zu einem bestimmten Berliner Kiez, können zu einem gegebenen Zeitpunkt möglicherweise höhere Bedeutung im Vergleich zu ethnischen Kategorien gewinnen.

### 3.4 Facetten des türkisch-kurdischen Konflikts in Berlin

Die Situation hinsichtlich der politischen Mobilisierung und der Konflikte zwischen Türken und Kurden in Deutschland spiegelt sich in Berlin wider. Im Laufe der 1990er Jahre kam es zu einer Reihe von Zwischenfällen mit Bezug



zum türkisch-kurdischen Konflikt. Die meisten Ereignisse, welche deutschlandweit Radikalisierung und Gewalt auslösten, hatten auch ihre Auswirkungen in Berlin. Der schwerwiegendste Fall ereignete sich in der Folge der Entführung Abdullah Öcalans. Um gegen eine mutmaßliche Beteiligung Israels an der Verhaftung zu protestieren, versuchte eine Gruppe von Kurden die israelische Botschaft zu besetzen. Bei dieser Aktion wurden drei Kurden von israelischem Sicherheitspersonal getötet, 16 weitere verwundet (Frankfurter Allgemeine Zeitung 1999: 1) Obwohl diese Aktion selbst weitere Proteste auslöste, beruhigte sich jedoch die Situation insgesamt rasch wieder. Dennoch kam es immer wieder zu Aktionen von radikalen türkischen und kurdischen Gruppen. Hinsichtlich Gewaltaktionen und Übergriffen von kurdischer Seite gilt für die Berliner Behörden das Frühjahr als die heiße Phase. Die Zeit vom 15. Februar, dem Tag der Entführung Öcalans 1999, und dem 21. März, dem kurdischen Neujahrsfest Newroz<sup>9</sup>, ist traditionell die Aktionsphase von PKK-nahen Organisationen. Newroz-Feierlichkeiten und Protestmärsche zählen zu den wichtigsten Mobilisierungspraktiken innerhalb der kurdischen Gemeinschaft in Deutschland. Eine Mobilisierung findet sowohl auf der kurdischen als auch auf der türkischen Seite entlang von Entwicklungen im Herkunftsland statt. In den letzten Jahren kam es während dieser Zeit vermehrt zu Krawallen und Brandstiftungen, häufig angefangen durch Entwicklungen in der Türkei. Als z. B. 2006 das türkische Militär während seiner Frühjahrsoffensive 14 Guerillas in der türkischen Provinz Muş tötete, gingen aufgebrachte PKK-Anhänger auf die Straße. In den folgenden Wochen errichteten Mitglieder der PKK-Jugendorganisation KOMALEN CIWAN Straßenbarrikaden, warfen Fenster türkischer Läden ein und zündeten Autos an (Berliner Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abteilung Verfassungsschutz 2007a: 130 ff.). 2007 fanden die zentralen Newroz-Feierlichkeiten in Berlin statt. Rund 16.000 Demonstranten marschierten zum Brandenburger Tor, um an der Schlusskundgebung teilzunehmen. Im Anschluss kam es zu militanten Aktionen, bei denen u. a. die Räumlichkeiten eines türkischen Kulturvereins in Neukölln in Brand gesetzt wurden (Berliner Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abteilung Verfassungsschutz 2008: 111 ff.). Die gewalttätigsten Auseinandersetzungen der letzten Jahre ereigneten sich im Herbst 2007 im Kontext einer Eskalation des Konflikts im Nordirak. Als Reaktion auf Spannungen zwischen der Türkei und kurdischen Rebellen in der Region billigte das türkische Parlament am 17. Oktober 2007 eine mögliche grenzüberschreitende Offensive in den Nordirak. Im Gegenzug töteten PKK-Kämpfer 35 türkische Soldaten in der Grenzregion und nahmen acht weitere gefangen. Diese Ereignisse lösten europaweit „pro-türkische“ und „pro-kurdische“ Demonstrationen aus. In Berlin organisierte der türkisch-nationalistische Verein „Berliner Mehter Takımı“ am 28. Oktober eine Demonstration unter dem Motto „Aufruf zur Einheit, Brüderlichkeit und zum Frieden zwischen Türken und Kurden“, an der rund 1.500

---

<sup>9</sup> Bei Newroz handelt es sich um ein aus dem iranischen Kulturraum stammendes Neujahrsfest, das von vielen Völkern und Religionsgemeinschaften zur Tages- und Nacht-Gleiche im Frühjahr gefeiert wird. Im kurdischen Kontext ist es aufgrund von langjährigen Verboten in der Türkei besonders politisch aufgeladen und ein Symbol kurdischer Identität.



Menschen teilnahmen. Als die Organisatoren versuchten, die Veranstaltung wegen der zunehmend aggressiven Stimmung zu beenden, fingen die hauptsächlich jungen türkischen Nationalisten an, Steine und Flaschen auf die anwesende Polizei zu werfen, die einen Zusammenstoß zwischen Türken und Kurden verhindern sollten. 18 Polizisten wurden dabei verletzt, 15 Demonstranten festgenommen. Einigen hundert türkischen Demonstranten gelang es, die Polizeibarrieren zu umgehen. Sie marschierten durch Kreuzberg, riefen Anti-PKK-Parolen und attackierten die kurdische Selahaddin Eyyubi Moschee. Zuletzt kam es zwischen rund 150 türkischen und 60 kurdischen Jugendlichen zu einer Straßenschlacht, bei der Eisenstangen benutzt und Steine geworfen wurden (Berliner Senatsverwaltung für Inneres und Sport 2008: 119 f.). Nach Angaben des Berliner Amts für Verfassungsschutz trugen die tägliche Berichterstattung türkischer Medien über die Beerdigungen der getöteten Soldaten auf der einen Seite, und jene kurdischer Medien über die Opfer unter den PKK-Kämpfern auf der anderen Seite erheblich zu einer Radikalisierung beider Gruppen bei. Zudem beobachtete das Amt das demonstrative Zeigen von Symbolen<sup>10</sup> der ultranationalistischen türkischen Organisation „Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland“ (ADÜTDF) durch Teilnehmer von pro-türkischen Veranstaltungen (Berliner Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abteilung Verfassungsschutz 2008, S. 120). Die ADÜTDF hat in Berlin ca. 300 Mitglieder, konnte in der Vergangenheit jedoch eine weitaus höhere Zahl an Sympathisanten bei öffentlichen Veranstaltungen mobilisieren. Obwohl die Organisation ein moderates Profil pflegt und bei den oben genannten Ereignissen versuchte, ihre Anhänger zu beruhigen, neigen einzelne Mitglieder immer wieder dazu, Auseinandersetzungen zu provozieren und Gewalt gegen PKK-Anhänger und linke türkische Extremisten anzuwenden (Berliner Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abteilung Verfassungsschutz 2007b). Im Berliner Verfassungsschutzbericht für 2008 wird die Zahl der Personen, welche dem Bereich „extremistische und sicherheitsgefährdende Bestrebungen ausländischer Organisationen im linksextremistischen und extrem-nationalistischen Spektrum“ zugerechnet werden, mit 1.579 und damit unverändert gegenüber den Vorjahren angegeben (Berliner Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abteilung Verfassungsschutz 2009: 107). Die PKK ist mit rund 1.000 Personen nach wie vor die größte aller links-extremen ausländischen Organisationen in Berlin. Von allen Straftaten in der Statistik der „Politisch motivierten Kriminalität – Ausländer“ wurden 56 dem Bereich „PKK/Kurdisches Problem“ zugeordnet. Die meisten dieser Fälle beinhalteten Verstöße gegen das Versammlungsgesetz, Sachbeschädigung und öffentliche Ruhestörung (Berliner Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abteilung Verfassungsschutz 2009: 107 ff.).

Bereits dieser Überblick über die Vorfälle und Entwicklungen mit Bezug zum Türkisch-Kurdischen Konflikt deutet die Rolle an, die exogene und endogene Faktoren bei der Ethnisierung und Mobilisierung von Migrantengruppen aus der Türkei spielen. Auf der einen Seite ist es offensichtlich, dass Ereignisse

<sup>10</sup> Eines dieser Symbole ist z. B. das Zeichen der Grauen Wölfe, eine Faust mit ausgestrecktem kleinen Finger und Zeigefinger.



und Entwicklungen in der Türkei Auswirkungen auf die Gemeinschaften in Berlin und Deutschland insgesamt haben oder als Auslöser für Konflikte dienen. Auf der anderen Seite ist es der politische Kontext in Deutschland, der beiden Gruppen die Gelegenheitsstrukturen für Meinungsäußerung und Mobilisierung bietet. Zudem befördern Diskriminierungserfahrungen und eine Perspektivlosigkeit die oben beschriebenen Dynamiken. Im Folgenden wird basierend auf Interviews mit Repräsentanten von MSOs konkreter aufgezeigt, wie exogene und endogene Faktoren zusammenspielen und den Konflikt im lokalen Kontext formen.

### 3.5 Wahrnehmung von Konfliktursachen und -intensität in Berlin

29

Auch wenn die geschilderten Ereignisse sicherlich im Fokus der Behörden waren und zeitweilig auch eine gewisse mediale Aufmerksamkeit fanden, so zeigen sie doch nur einen Teil des Gesamtbildes. Offene gewaltsame Zwischenfälle bleiben die Ausnahme in Berlin. Die Einschätzungen, inwieweit diese Spannungen das tatsächliche Verhältnis zwischen Türken und Kurden widerspiegeln, sind sehr unterschiedlich. Im Rahmen des Forschungsprojektes wurde eine begrenzte Zahl an Interviews durchgeführt. Die im Folgenden angeführten Aussagen sollen jedoch der Illustration der jeweiligen Positionen dienen. Offensichtlichstes Ergebnis der Interviews mit Repräsentanten von MSOs und ergänzenden Gesprächen mit Experten und lokalen Behörden war, dass die Wahrnehmungen des Konflikts bzw. der Beziehungen zwischen Türken und Kurden in Berlin erheblich variieren. Und während einige Gewaltakte und Konfrontationen offen beobachtbar sind, bleiben andere Formen des Konfliktaustrags eher latent und unter der Oberfläche.

Das Ausmaß und die Gründe, die als ursächlich für die Konflikte wahrgenommen werden, sind in hohem Maße von einer generelleren Konfliktwahrnehmung – oder zumindest der behaupteten Wahrnehmung – abhängig. Auf der einen Seite der Diskussion befinden sich jene, im Wesentlichen türkischen Vertreter, die die Existenz eines Konflikts völlig bestreiten. Auf der anderen Seite des Spektrums sind jene, meist kurdischen Vertreter, die den Konflikt als omnipräsent wahrnehmen und die Spannungen als jeden Aspekt ihres täglichen Lebens bestimmend ansehen. Zwischen diesen extremen Standpunkten lässt sich die Mehrheit der Türken und Kurden in Berlin verorten. Sie sehen die Ursachen für Spannungen und Konflikte in einer Reihe von Aspekten in Berlin, Deutschland und der Türkei begründet. Unabhängig von ihrer Position auf diesem Kontinuum kann gesagt werden, dass die Interviewpartner, wenngleich mit unterschiedlichem Ausmaß, sowohl externe als auch interne Faktoren für auftretende Konflikte in Berlin ausmachen.

Befragte auf der einen Seite des Spektrums geben an, keinen Konflikt zwischen Türken und Kurden zu sehen oder erkennen höchstens ein nebensächliches Problem mit einer radikalen Minderheit. Während einige wenige angeben, dass es gar kein kurdisches Volk gebe, betonen die meisten dieser Befragten die guten Beziehungen zwischen beiden Gruppen. Aus ihrer Sicht ist das, was in den Medien als ein Konflikt zwischen Türken und Kurden dargestellt wird, lediglich ein Terrorismusproblem mit der PKK. Deutlich wird dies an der Aussage eines Interviewpartners:



„Wir sind ein gemeinsames Volk mit den Kurden. Jeder hat Kurden in seiner Familie. Wir sind keine Feinde. Wir sprechen hier über den Kurdischen Konflikt, der eher ein Terrorismusproblem ist. Wir haben Terror in der Türkei! [...] Die PKK und Al Kaida sind das gleiche. Es gibt einfach keinen Unterschied zwischen Terrorgruppen. Terrorismus ist Terrorismus, das ist wichtig festzuhalten!“<sup>11</sup>

Wenn es Probleme oder Konflikte zwischen einzelnen Personen gibt, so würden diese fälschlicherweise auf einen türkisch-kurdischen Konflikt zurückgeführt. In den meisten Fällen wird von dieser Befragtengruppe argumentiert, dass für Einwanderer aus der Türkei Kategorien wie „Türke“ oder „Kurde“ eigentlich überhaupt keine Rolle spielen. Dieser Ansicht nach leben alle Migranten aus der Türkei harmonisch zusammen und nur selten würden Radikale versuchen, diese Eintracht zu vergiften. Diese Spannungen werden dann jedoch meist heruntergespielt. Die meisten Vertreter dieser Ansichten waren Mitglieder von MSO mit engen Kontakten zum türkischen Staat oder mit einer explizit türkisch-nationalistischen Agenda. Allerdings fanden sich solche Aussagen auch bei Vertretern von Organisationen, welche auf den ersten Blick moderater erscheinen.

Eine weitere Gruppe von Interviewpartnern argumentierte ähnlich, schätzte das Problem jedoch breiter und ernster ein. In ihren Augen üben radikale kurdische Gruppen, vor allem – aber nicht ausschließlich – die PKK, großen Einfluss besonders auf junge Leute aus. Innerhalb dieser Gruppe der Befragten ist die Ansicht verbreitet, dass aus einer solchen Mobilisierung zahlreiche Konflikte entstehen. So gebe es viele kurdische Jugendgruppen, die von anderen kurdischen Gruppen ausgenutzt würden. Erstere würden dann durch vorwiegend von Türken bewohnte Straßen ziehen und dort provozieren und randalieren. Weil Kurden mehr Meinungsfreiheit in Deutschland als in der Türkei genießen, würden sie sich hier radikalieren – man könne dies sehr gut bei Demonstrationen in Berlin beobachten. Dementsprechend wird Bundes- und Kommunalbehörden in Deutschland eine Mitschuld an der Situation gegeben, da diese nicht hart genug gegen Extremisten vorgingen bzw. diesen sogar noch eine Plattform böten. Zudem wird auf eine vermeintliche Radikalisierung von kurdischen Schülern hingewiesen, welche dazu führe, dass sich türkische Schüler zu verteidigen hätten. Ein Befragter bezog sich beispielsweise konkret auf seine jüngere Schwester, die sich als Reaktion auf radikale, kurdische Parolen von Mitschülern vehement für türkische Ideale und Ideen eingesetzt habe. Er habe sie versucht zu beruhigen, da aufgebrachte Reaktionen noch mehr Schaden anrichten würden. Er nahm an, dass in den Schulen und auf den Schulhöfen eine Radikalisierung der Jugendlichen stattfindet, weil die Schüler zuhause in den Familien radikalen Gedanken und Agitation ausgesetzt sind.<sup>12</sup>

Demnach werden endogene und exogene Faktoren als Ursachen für beobachtete Spannungen angegeben. Auf der einen Seite wird die PKK für den Transport des Konfliktes von außen in die Gemeinden verantwortlich gemacht. Auf der anderen Seite werden die konkreten Bedingungen in Deutschland und Berlin als ursächlich für eine Radikalisierung angesehen. Zudem wird von den

---

<sup>11</sup> Interview mit dem Vertreter einer türkischen MSO, Berlin, 9. Februar 2009.

<sup>12</sup> Interview mit dem Vertreter einer türkischen MSO, Berlin, 16. Februar 2009.





Vertretern dieser Gruppe bezweifelt, dass viele Streitigkeiten zwischen einzelnen Personen im Kontext eines potentiellen türkisch-kurdischen Konflikts gesehen werden können, sondern dass die meisten Spannungen eher privater Natur seien.

Repräsentanten von Organisationen, welche auf der gegenüberliegenden Seite des Spektrums angesiedelt werden können, betonen ausschließlich die Rolle der Kurden als Opfer. Zwar rufen sie nicht explizit zu gewaltsamen Aktionen auf, stehen solchen aber auch nicht unbedingt ablehnend gegenüber. Aus ihrer Perspektive hätten solche Aktionen ohnehin einen rein defensiven Charakter. Die in dieser Gruppe vorherrschende narrative Rahmung des Konflikts hebt somit die Opferrolle und die daraus resultierende Notwendigkeit der Selbstverteidigung hervor und mobilisiert so die eigene Gemeinschaft. Für sie ist der türkisch-kurdische Konflikt omnipräsent und bestimmt alle Aspekte ihres täglichen Lebens. Sie nehmen beide Gemeinschaften als weitgehend voneinander getrennt lebend wahr, ohne viele Kontakte zwischen ihnen. Als grundlegende Ursache für den Konflikt werden das militärische Vorgehen der türkischen Regierung und die Unterdrückung des kurdischen Volkes in der Türkei gesehen. Oftmals wird das türkische Vorgehen als Genozid bezeichnet. Zudem werfen sie den türkischen Medien Agitation vor und beschuldigen die türkische Gemeinschaft in Berlin, Kurden zu schikanieren. Darüber hinaus kritisieren sie die deutschen Behörden scharf. Diese würden Kurden systematisch diskriminieren und so als verlängerter Arm der türkischen Regierung agieren. Da Kurden von allen Seiten diskriminiert würden, sei es auch nicht verwunderlich, wenn aufgrund der aufgestauten Frustrationen gelegentlich Gewalt ausbreche.

Diese Art von Wahrnehmung des Konflikts ist typisch für diese Gruppe, welche vor allem kurdisch-nationalistische Organisationen repräsentiert, die in einer gewissen Nähe zur PKK stehen.<sup>13</sup> Während sie Gewalt nicht grundsätzlich ablehnen, geben sie an, dass die meisten Gewalttaten in Berlin ohnehin nicht von kurdischer Seite ausgingen. Viele Gewalttaten würden von Türken selbst begangen, um die Kurden zu diskreditieren. Zwar werden exogene Faktoren als die wichtigsten wahrgenommen, es wird jedoch meist vehement abgelehnt von „Konfliktimport“ zu sprechen. Aus dieser Perspektive wird Deutschland als eine Konfliktpartei angesehen, welche die türkische Seite unterstützt.

Während nun die Einschätzungen und Standpunkte auf den beiden äußeren Enden des Spektrums der Konfliktwahrnehmung meist recht einfach und weitgehend unkritisch hinsichtlich der eigenen Gemeinschaft bleiben, versucht die Mehrheit der Vertreter der interviewten Organisationen eine ausgewogenere Position angesichts von Konflikten zwischen türkischen und kurdischen Migranten einzunehmen. Im Unterschied zu den vorher beschriebenen Grup-

---

<sup>13</sup> Es sei an dieser Stelle jedoch angemerkt, dass nicht alle kurdisch-nationalistischen Gruppierungen mit der PKK oder PKK-nahen Gruppen gleichgesetzt werden können. In einigen Fällen werden nationalistische Positionen unterstützt, gleichzeitig jedoch die PKK für ihre Organisationsstrukturen und Vorgehensweisen kritisiert. Dies schließt dann wiederum jedoch gelegentliche Unterstützung der PKK zu einzelnen Anlässen oder in Bezug auf bestimmte Fragen nicht aus.



pen machen sie beide Seiten für gelegentliche Spannungen und Konflikte verantwortlich. Insgesamt wird von diesen in der Mitte des Spektrums zu verortenden Organisationen der Standpunkt vertreten, dass das Gesamtbild in der deutschen Öffentlichkeit falsch oder doch verkürzt dargestellt wird. Das Verhältnis zwischen Türken und Kurden sei keinesfalls so schlecht, dass sie nicht miteinander sprechen könnten, ständig Konflikte aufträten oder ein Zusammenleben gar unmöglich wäre. Das Problem werde systematisch übertrieben. Nichtsdestotrotz bestätigen sie, dass neben den Aktivitäten von radikalen Gruppen die Politik der türkischen Regierung in der Vergangenheit immer wieder Konflikte zwischen Türken und Kurden angeheizt habe – nicht nur in der Türkei, sondern auch in den Niederlassungsländern. Aus diesem Grund waren auch die meisten von ihnen froh über den neuen Ansatz, den die AKP-Regierung in der Türkei in der Kurdenfrage zunächst verfolgte. Zwei Untergruppen können hierbei identifiziert werden, eine eher türkisch und eine eher kurdisch geprägte.

Die türkischen Organisationen in diesem Bereich sehen überwiegend die PKK als treibende Kraft hinter den Konflikten und für deren Transport über die Landesgrenzen hinweg. Obwohl exogene Faktoren anerkannt werden, sieht die Mehrheit der Befragten in dieser Gruppe vor allem Konfliktfaktoren im lokalen oder deutschen Kontext gegeben. Nicht ausreichende Möglichkeiten für politische und soziale Partizipation und der benachteiligte Status in den Bereichen Bildung, Ausbildung und auf dem Arbeitsmarkt stärkten eine ethnische Orientierung und sorgten für Konflikte besonders unter Jugendlichen. Junge Menschen, die kaum selbst in der Türkei waren oder diese vielleicht nur aus kurzen Besuchen kennen, verschrieben sich plötzlich dem Türkentum und ähnlichem. Wenn man jedoch genauer nachfrage, so könnten sie diese Konzepte kaum mit Inhalt füllen. Allerdings würden sie durch die Ereignisse in der Türkei immer wieder beeinflusst. In Bezug auf Konflikte zwischen türkischen und kurdischen Schülern wird ähnlich argumentiert. So gebe es natürlich Streitigkeiten zwischen Jugendlichen in den Schulen. Es sei jedoch fraglich, ob diese tatsächlich einen politischen Charakter tragen oder nicht schlicht „normale“ Konflikte unter Jugendlichen seien. Es passiere schnell, dass derlei Auseinandersetzungen den Stempel „türkisch-kurdisch“ bekämen, bei genauerem Hinsehen jedoch ganz anderen Dynamiken folgten. Immer wieder wird auf den Zusammenhang von Diskriminierung und Beeinflussbarkeit unter Jugendlichen hingewiesen. Kinder, deren Eltern aus der Türkei nach Deutschland kamen, seien mitunter immer noch nicht akzeptiert. Da jeder Mensch ein Bedürfnis nach einem gewissen Zugehörigkeitsgefühl habe und dieses in Bezug auf Deutschland nur schwer zu entwickeln sei, würden die einzelnen Menschen es sich woanders suchen. So seien sie auch einfacher zu beeinflussen. Dementsprechend würden in Berlin – und insgesamt in Deutschland – verschiedene Gruppen versuchen, aus dieser Verunsicherung einen Vorteil zu ziehen und diese vor allem jungen Leute für sich zu gewinnen. Vertreter dieser Befragungsgruppe repräsentieren überwiegend türkische Organisationen in der Mitte des politischen Spektrums, obwohl auch einige kurdische Vertreter aufgrund ähnlicher Aussagen in diese Kategorie passen würden.

Kurdische Organisationen, die man vielleicht „moderat“ oder als *Mainstream* bezeichnen könnte, argumentieren in ähnlicher Weise. Allerdings



weisen diese auch auf die institutionelle Diskriminierung hin, die eine wesentliche Ursache von Konflikten sei. Viele dieser Befragten beklagten, dass die kurdische Identität in Berlin immer noch nicht in ausreichendem Maße als eigenständige Identität anerkannt und akzeptiert werde. Sie geben an, dass kurdische Migranten zwar grundsätzlich mit denselben Problemen wie auch andere Migranten in Berlin und Deutschland konfrontiert seien, dass sie darüber hinaus jedoch noch mit institutioneller Diskriminierung zu kämpfen hätten. Da sie zu allererst nach ihrer Nationalität entsprechend ihrem Herkunftsland beurteilt werden, würden sie nicht als eigenständige Minderheit anerkannt. Dies führe zu Benachteiligungen hinsichtlich der Sozialberatung, muttersprachlichem Unterricht, im Umgang mit den lokalen Behörden und in der öffentlichen Finanzierung von sozialen und kulturellen Aktivitäten. Neben dieser Diskriminierung seitens deutscher Behörden und Teilen der deutschen Bevölkerung kritisierten alle Befragten mit einem kurdischen Hintergrund auch die Diskriminierung durch türkische Migranten. Daher wird von Interviewten in dieser Gruppe dem Konflikt ein deutlich höherer Stellenwert in ihrem täglichen Leben beigemessen. Dies führt in vielen Fällen zu einer Angst, die eigene kurdische kulturelle Identität offen zu leben, weil das türkische soziale Umfeld oder die Nachbarschaft negativ darauf reagieren könnte. Aussagen wie die folgende wurden von den Befragten häufig gemacht:

„Wenn ich unter Türken bin, überlege ich mir immer wieder, ob ich offen zu erkennen gebe, dass ich Kurde bin. Ich habe Angst davor, schlecht behandelt zu werden. [...] Mein (türkischer [JH]) Nachbar hörte auf einmal auf, mit mir zu reden, nachdem er erfahren hatte, dass ich Kurde bin. Und das, obwohl wir fast 13 Jahre gut miteinander ausgekommen waren. Nun behandelte er mich wie einen Feind.“<sup>14</sup>

Erfahrungen wie diese lassen Mitglieder dieser Gruppe eine deutlich kritischere Haltung gegenüber der türkischen Gemeinschaft einnehmen. Nichtsdestotrotz kritisieren sie auch radikale kurdische Gruppen für ihre Agitation und dafür, dass sie junge Kurden für ihre Interessen auszunutzen. Dadurch, so argumentieren sie, diskreditierten sie die gesamte kurdische Gemeinschaft und verstärkten Vorurteile in der deutschen Gesellschaft. Insgesamt werden also die Ursachen für Konflikte zwischen Türken und Kurden in Berlin zwar teilweise außerhalb Deutschlands gesehen, aber vor allen Dingen im lokalen Kontext.

Aufgrund dieser Einschätzungen konzentrieren sich Organisationen, die diesem Spektrum zuzuordnen sind, in ihrer Arbeit vor allem auf Berlin und versuchen, hier auftretende Konflikte zu bearbeiten. Ein Beispiel für diese Form des Engagements sind die Tätigkeiten der zwei größten Dachorganisationen türkeistämmiger Migranten in Berlin, der Türkische Bund Berlin-Brandenburg (TBB) und die Kurdische Demokratische Gemeinde zu Berlin-Brandenburg. Sie organisierten in den Wochen nach den oben erwähnten heftigen Zusammenstößen zwischen türkischen und kurdischen Jugendlichen im Oktober 2007 gemeinsame Aktivitäten an Berliner Schulen mit einem hohen Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund. Vertreter beider Organisationen gaben gemeinsam Unterricht in friedlicher Konfliktlösung und diskutierten mit den Schülern die Geschehnisse. Neben dieser Kooperation in der direkten Folge der

---

<sup>14</sup> Interview mit einem Vertreter einer kurdischen MSO, Berlin, 29. Januar 2009.



Ausschreitungen besuchen Mitglieder der Kurdischen Demokratischen Gemeinde regelmäßig Schulen, um mit kurdischen Jugendlichen zu sprechen, die sie nicht über ihre Vereinsstrukturen erreichen können. Sie diskutieren mit ihnen über ihre kurdische Identität und was diese für sie bedeutet. So soll ein möglichst friedlicher und konstruktiver Umgang mit Sprach-, Kultur- und Identitätsunterschieden erlernt und im Falle von Provokationen die Schulleitung hinzugezogen werden. Jene Schulen, an denen Vertreter der Organisation mit den Schülern und der Schulleitung gesprochen hatten, waren danach in der Regel ruhiger, und es traten weniger Zwischenfälle auf. In ähnlicher Weise heben auch einige türkische Elternvereine die Dringlichkeit kontinuierlicher Friedensarbeit und die Vermittlung demokratischer Grundwerte hervor. Zu diesem Zweck organisieren sie Veranstaltungen und arbeiten mit Schülern und Eltern. Sie betonen die Notwendigkeit, jungen Migranten Perspektiven in der deutschen Gesellschaft, gute Bildung und Möglichkeiten der vollen gesellschaftlichen Partizipation zu bieten, um so dem Einfluss radikaler Gruppen entgegenzuwirken. Ihrer Ansicht nach dürfe es weder radikalen Gruppen wie der PKK noch der türkischen Regierung gelingen, die Menschen hier in Deutschland zu spalten. Gemeinsam müsse mit allen Teilen der Gesellschaft, nicht nur jenen mit einem Migrationshintergrund, gegen Radikalisierung in Berlin vorgegangen werden. Oftmals werden daher auch die Berliner Behörden kritisiert, nicht genügend präventiv ausgerichtete Maßnahmen zu unterstützen. Diese würden viel zu oft erst aktiv, nachdem Konflikte eskaliert sind.

Zusammengefasst gehen die Meinungen, inwieweit der Konflikt das tägliche Leben der Migranten beeinflusst, was seine Ursachen und Hauptakteure sind und was getan werden kann, um diese Probleme zu lösen, weit auseinander. Auf der einen Seite der Debatte befinden sich jene, die die Existenz eines Problems gänzlich bestreiten. In ihrer Interpretation der Dinge weigern sie sich, entweder die Existenz eines kurdischen Volkes anzuerkennen, oder sie gehen davon aus, dass beide Völker Brüder und Schwestern mit einer gemeinsamen Vergangenheit sind, in der alle friedlich miteinander lebten. Daher wird der Konflikt als bloßes Terrorproblem gesehen, verursacht durch radikale, kurdisch-nationalistische Organisationen – vor allem der PKK, die den türkischen Staat spalten und vernichten wollen. Diese Positionen sind besonders bei konservativen, nationalistischen und heimatorientierten Türken zu finden. Trotz aller Erklärungen über die Gemeinsamkeiten von Türken und Kurden sind hier Vorurteile und die Gleichsetzung aller Kurden mit Terroristen weit verbreitet. Auf der anderen Seite des Spektrums befinden sich jene kurdischen Gruppen, die den Konflikt als die logische Konsequenz der Unterdrückung des kurdischen Volkes durch den türkischen Staat sehen. Der Konflikt und die Spannungen mit der türkischen Seite erscheinen ihnen allgegenwärtig und alle Aspekte ihres Lebens zu bestimmen. Daher erscheinen auch alle Gewaltakte von kurdischer Seite als Verteidigung gegen den türkischen Staat und das Militär. Zwischen diesen extremen Punkten befindet sich die Mehrheit der in Berlin lebenden Türken und Kurden. Für die meisten spielen nach eigener Auskunft Konflikte zwischen Migranten türkischer und kurdischer Herkunft allerdings keine besondere Rolle in ihrem täglichen Leben.

## 4. Fazit

Die Analyse der existierenden Literatur sowie unsere eigene Feldforschung unterstützen verschiedene Aspekte der oben vorgestellten Theorien über die Mobilisierung von Diasporas und das Auftreten von Konflikten zwischen transnationalen Migrantengruppen, ohne jedoch einen einzelnen Ansatz ausschließlich zu bestätigen. So belegt eine Reihe von Beobachtungen die Konfliktporthypothese. Entwicklungen und Einzelereignisse sowie bereits bestehende Konfliktstrukturen und gesellschaftliche Konstellationen in der Türkei bleiben von hoher Relevanz für die Art und Weise, wie Türken und Kurden in Berlin zusammenleben und interagieren. Sie tragen zu einer Neubewertung individueller Zugehörigkeitsgefühle der Migranten bei. In einigen Fällen führten Aktionen der türkischen Regierung oder der PKK und eine Eskalation der Gewalt in Kurdistan unmittelbar zu Reaktionen in Berlin. Wie von Brieden angenommen, führt dies zu einer zunehmend exklusiven Orientierung in Richtung der eigenen ethnischen Gruppe. Des Weiteren hängen die Fortführung sozialer Beziehungen und die Bereitschaft zum Dialog meistens von der Einstellung der einzelnen Person oder der Organisation in Bezug auf die Kurdische Frage ab. Während für viele Türken die Ablehnung der Ziele der kurdischen Nationalbewegung oder doch zumindest die Distanzierung von der PKK die Voraussetzung für Freundschaften und Beziehungen bleibt, erwarten Kurden häufig zumindest eine solidarische Haltung in Bezug auf ihren Kampf für Freiheit und die Anerkennung als Volk von ihrem Gegenüber.

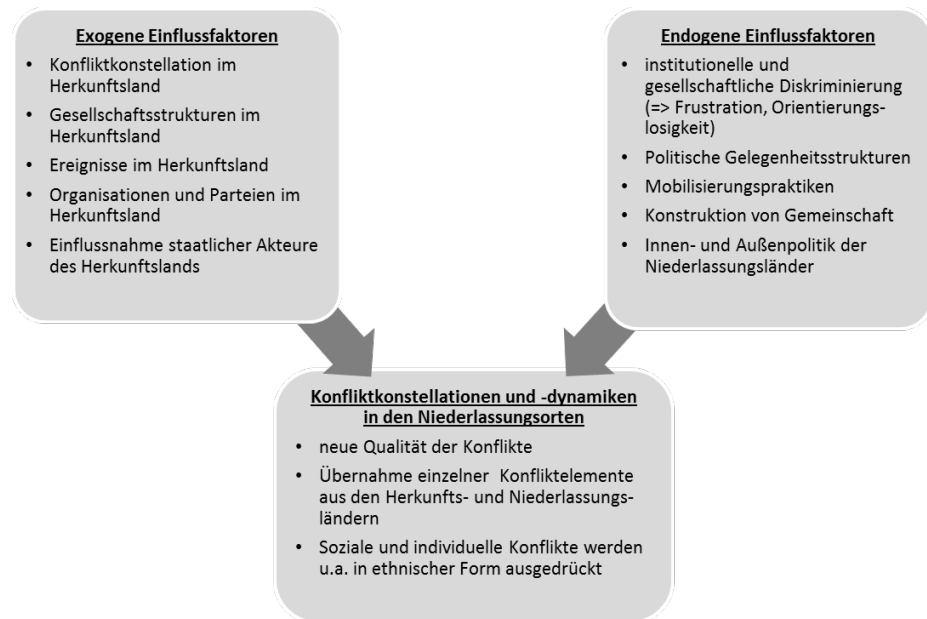
Nichtsdestotrotz machten die Äußerungen von fast allen unserer Gesprächspartner deutlich, dass externe Faktoren alleine die Dynamiken innerhalb der Gruppe der Migranten aus der Türkei nicht erklären können. Von herausragender Bedeutung sind die besonderen sozialen und politischen Gegebenheiten, die den Kontext für Mobilisierung und transnationale Aktivitäten bilden. Besonders für Kurden eröffneten die demokratischen Strukturen in Deutschland neue Gelegenheiten für eine offene Kultivierung ihrer kurdischen Identität und die Artikulierung abweichender politischer Ideen. Verstärkt wurde dies teilweise noch durch Politiken, die in einem multikulturalistischen Sinne vor allem auch die Vereinsbildung aufgrund ethnischer Zugehörigkeiten fördern. Demgegenüber steht jedoch auch die verbreitete Wahrnehmung, dass der deutsche Staat Partei für die eine oder andere Seite ergreift. So werfen einige türkische Akteure in Deutschland staatlichen Behörden vor, dass sie vermeintlich radikalen Gruppen eine Plattform böten. Andererseits wird von der kurdischen Seite mitunter beklagt, dass sich der deutsche Staat zum Erfüllungsgehilfen offizieller türkischer Politik mache, indem er die Unterdrückung der Kurden fortführe und die Türkei in ihrem Kampf gegen das kurdische Volk unterstütze. Darüber hinaus bilden die anhaltende Diskriminierung und Benachteiligungen bei der gesellschaftlichen und politischen Partizipation den negativen Kontext für Spannungen zwischen beiden Gruppen. Der Mangel an Möglichkeiten junger Migranten im Vergleich zu Jugendlichen ohne Migrationshintergrund sowie Vorurteile gegenüber Ausländern stärken Abgrenzungstendenzen und die Orientierung an der eigenen Gruppe, deren Mitglieder mit denselben Problemen und Gefühlen der Ausgrenzung durch die Gesellschaft und die Politik des Aufnahmelandes zu kämpfen haben. Die daraus resultie-





rende Frustration, der Mangel an Identität und damit die Suche nach Akzeptanz tragen zu einer Empfänglichkeit für radikale Agitation durch nationalistische Gruppen auf beiden Seiten bei.

**Abb. 4: Zusammenwirken von exogenen und endogenen Faktoren bei Konflikten zwischen Migrantengruppen**



**Quelle: Eigene Darstellung**

Die veränderte bzw. neue Qualität des Konfliktes wird durch das Zusammenspiel exogener und endogener Faktoren auf verschiedenen Ebenen deutlich. Die politischen Gelegenheitsstrukturen in Deutschland ermöglichen ein Engagement für Angelegenheiten im Herkunftsland. Eine Mobilisierung findet häufig aufgrund eines gemeinsamen ethnischen Zugehörigkeitsgefühls statt. Dieses wird jedoch aktiv von Gruppen und Einzelpersonen durch verschiedenen Mobilisierungsmechanismen und frames konstruiert und kontinuierlich gefördert. Ethnizität ist dabei allerdings nur ein Identifikationsangebot, das nicht zwangsläufig von den Individuen angenommen wird. Wie an Einzelbeispielen deutlich wurde, findet aber häufig eine „ethnic redefinition“ statt, resultierend aus und verstärkt durch negative Erfahrungen in der Aufnahmegesellschaft. Hinsichtlich der Bearbeitung von Konflikten zwischen Türken und Kurden, umso mehr noch zwischen türkischen und kurdischen Jugendlichen, gilt es in Bezug auf mögliche Lösungen und der Verminderung von Konfliktpotentialen all diese Aspekte zu beachten.<sup>15</sup> Es treten vielfach Konfliktsituationen auf, in

<sup>15</sup> Für konkretere Politikempfehlungen an kommunale Politik und Behörden siehe Hanrath 2011a.

denen die zugrunde liegenden Ursachen sozialer oder individueller Natur sind, jedoch in ethnischer Form ausgedrückt werden. Die Konflikte in Berlin entwickeln eine eigene Dynamik, in denen nur bestimmte Aspekte des Kernkonflikts in der Türkei eine Rolle spielen. So wird der türkisch-kurdische Konflikt im Herkunftsland häufig nur zur Leinwand, auf den die Probleme und Frustrationen vor Ort projiziert werden. Konfliktkonstellationen, die aus dem Migrationskontext entstehen oder aus Erfahrungen und Diskriminierungen im lokalen Zusammenhang resultieren, bedienen sich einer Sprache und Symbolik, die dem Kernkonflikt entnommen wird. Dies bedeutet nicht, die Wirkungskraft exogener Faktoren zu negieren. Ereignisse und Entwicklungen in der Türkei spielen aufgrund der transnationalen Strukturen der Migrantengruppen eine unmittelbare Rolle. Sie müssen jedoch im Kontext der Niederlassungsorte gedeutet und behandelt werden.





## 5. Literatur

- Adamson, Fiona B. 2006: Crossing Borders. International Migration and National Security, in: International Security, 31 (1), 165-199.
- Adamson, Fiona 2008: Constructing the Diaspora. Diaspora Identity Politics and Transnational Social Movements, Paper presented at the annual meeting of the ISA's 49th Annual Convention, San Francisco.
- Al-Ali, Nadjeh/Black, Richard/Koser, Khalid 2001: The Limits to Transnationalism. Bosnian and Eritrean Refugees in Europe as Emerging Transnational Communities, in: Ethnic and Racial Studies, 24 (4), 578-600.
- Amt für Statistik Berlin Brandenburg 2011: Wer sind und wo leben die Zuwanderer in Berlin? Einwohnerinnen und Einwohner mit Migrationshintergrund.  
[http://www.berlin.de/imperia/md/content/lb-integration-migrati-on/statistik/pk\\_praesentation\\_afs\\_bed\\_bf.pdf?start&ts=1301487082&file=pk\\_praesentation\\_afs\\_bed\\_bf.pdf](http://www.berlin.de/imperia/md/content/lb-integration-migrati-on/statistik/pk_praesentation_afs_bed_bf.pdf?start&ts=1301487082&file=pk_praesentation_afs_bed_bf.pdf). (09.10.2012).
- Baser, Bahar 2009: Diasporas and Their Links to Political Violence and Terrorism (1/2), The Journal of Turkish Weekly, 8.11.2009.  
<http://www.turkishweekly.net/op-ed/2581/diasporas-and-their-links-to-political-violence-and-terrorism-1-2-.html%3E> (09.10.2012).
- Baser, Bahar/Swain, Ashok 2010: Stateless Diaspora Groups and their Repertoires of Nationalist Activism in Host Countries, in: Journal of International Relations, 8 (1), 37-60.
- Bauböck, Rainer/Faist, Thomas (Hg.) 2010: Diaspora and Transnationalism. Concepts, Theories and Methods, Amsterdam: University Press.
- Berliner Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abteilung Verfassungsschutz (Hg.) 2007a: Verfassungsschutzbericht 2006, Berlin: Bundesamt für Verfassungsschutz.
- Berliner Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abteilung Verfassungsschutz (Hg.) 2007b: Aktivitäten nationalistischer türkischer Organisationen, Berlin: Bundesamt für Verfassungsschutz.
- Berliner Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abteilung Verfassungsschutz (Hg.) 2008: Verfassungsschutzbericht 2007, Berlin: Bundesamt für Verfassungsschutz.
- Berliner Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abteilung Verfassungsschutz (Hg.) 2009: Verfassungsschutzbericht 2008, Berlin: Bundesamt für Verfassungsschutz.
- Bigo, Didier 2002: Security and Immigration. Towards a Critique of the Governmentality of Unease, in: Alternatives, 27 (1), 63-92.





- Bozay, Kemal 2000: „...ich bin stolz, ein Türke zu sein!“ Ethnisierung gesellschaftlicher Konflikte im Zeichen der Globalisierung, Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verlag.
- Brieden, Thomas 1996: Konfliktimport durch Immigration. Auswirkungen ethnischer Konflikte im Herkunftsland auf die Integrations- und Identitätsentwicklung von Immigranten in der Bundesrepublik Deutschland, Hamburg: Verlag Dr. Kovac .
- Brieden, Thomas 2000: Die Bedeutung von Konflikten im Herkunftsland für Ethnisierungsprozesse von Immigranten aus der Türkei und Ex-Jugoslawien, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.) 2000: Ethnisierung gesellschaftlicher Konflikte – eine Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 11. Oktober 1995 in Erfurt, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.  
<http://www.fes.de/fulltext/asfo/00683003.htm> (10.10.2012).
- Britz, Lisa 2007: Bildungssituation von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien. Dossier Migration der Bundeszentrale für politische Bildung.  
<http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/56491/schule-und-integration?p=all> (10.10.2012).
- Bruinessen, Martin van 2000: Transnational Aspects of the Kurdish Question, Working Paper, Florenz: Robert Schumann Centre for Advanced Studies,  
[http://www.let.uu.nl/~Martin.vanBruinessen/personal/publications/transnational\\_Kurds.htm](http://www.let.uu.nl/~Martin.vanBruinessen/personal/publications/transnational_Kurds.htm) (10.10.2012).
- Bukow, Wolf-Dietrich/Ilaryora, Roberto 1988: Mitbürger aus der Fremde. Soziogenese ethnischer Minoritäten, Opladen: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bundesministerium des Innern 2008: Migration und Integration. Aufenthaltsrecht, Migrations- und Integrationspolitik in Deutschland, Berlin: Bundesministerium des Innern.
- Bundesministerium des Innern – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2011: Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung – Migrationsbericht 2009, Berlin: Bundesministerium des Innern .
- Bundesministerium der Justiz 2012: Staatsangehörigkeitsgesetz.  
<http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/rustag/gesamt.pdf> (30.1.2012).
- Calließ, Jörg (Hg.) 2004: Wenn es in der Heimat um Krieg und Frieden geht. Die Rolle der Diaspora in Krisenentwicklung und ziviler Konfliktbearbeitung. Loccumer Protokolle 70/03, Rehburg-Loccum: Evangelische Akad. Loccum.
- Castles, Stephen/Miller, Mark J. (Hg.) 2009: The Age of Migration. International Population Movements in the Modern World, 4. Auflage, Houndsmill: Palgrave Macmillan.



- Central Intelligence Agency 2012: The World Factbook – Turkey.  
<https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/tu.html#> (29.1.2012).
- Cheran, R. 2003: *Diaspora Circulation and Transnationalism as Agents for Change in the Post Conflict Zones of Sri Lanka*, Berlin: Berghof Foundation for Conflict Studies.  
<http://www.sangam.org/articles/view2/523.pdf> (10.10.2012).
- Cochrane, Feargal 2007: *Civil Society Beyond the State. The Impact of Diaspora Communities on Peace Building*, in: *GMJ – Mediterranean Edition*, 2 (2), 19-29.
- Della Porta, Donatella/Diani, Mario 2005: *Social Movements: An Introduction*, Malden/Oxford/Carlton: Wiley Blackwell.
- Demmers, Jolle 2002: *Diaspora and Conflict. Locality, Long-Distance Nationalism, and Delocalisation of Conflict Dynamics*, in: *the public*, 9, (1), 85-96.
- Demmers, Jolle 2007: *New Wars and Diasporas: Suggestions for Research and Policy*, in: *Journal of Peace, Conflict & Development*, 11, 1-26.
- Deutscher Bundestag 2000: *Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Fraktion der PDS. Kurdische Minderheit in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 14.2.2000.  
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/14/026/1402676.pdf> (10.10.2012).
- Düzel, Deniz 2006: *Zwischen Inklusion und Exklusion? Die zweite Generation von Jugendlichen kurdischer Herkunft in der Bundesrepublik*, Nordestedt: GRIN-Verlag.
- Faist, Thomas 2000a: *The Volume and Dynamics of International Migration and Transnational Social Spaces*, Oxford: Oxford University Press.
- Faist, Thomas 2000b: *Grenzen überschreiten – Das Konzept Transstaatliche Räume und seine Anwendungen*, in: Faist, Thomas (Hg): *Transstaatliche Räume. Politik, Wirtschaft und Kultur in und zwischen Deutschland und der Türkei*, Bielefeld: Transcript, 9-56.
- Faist, Thomas 2005: *The Migration-Security Nexus. International Migration and Security before and after 9/11*, Working Paper No. 5, Bielefeld: COMCAD - Center on Migration, Citizenship and Development.  
[http://www.uni-bielefeld.de/tdrc/ag\\_comcad/downloads/workingpaper\\_9.pdf](http://www.uni-bielefeld.de/tdrc/ag_comcad/downloads/workingpaper_9.pdf) (10.10.2012).
- Falk, Svenja 1998: *Dimensionen kurdischer Ethnizität und Politisierung. Eine Fallstudie ethnischer Gruppenbildung in der Bundesrepublik Deutschland*, Baden-Baden: Nomos.
- Filsinger, Dieter 2010: *Ethnische Unterscheidungen in der Einwanderungsgesellschaft, Eine kritische Analyse, Expertise im Auftrag des Gesprächskreises Migration und Integration der Friedrich-Ebert-Stiftung*, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.



- Frankfurter Allgemeine Zeitung 1999: Drei Kurden in Berlin erschossen. Israeli-sche Sicherheitsbeamte feuern bei versuchter Erstürmung. Sechzehn Verletzte vor dem Generalkonsulat, 18.02.1999.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung 2012: Der kurdische Krieg der Türkei, 11.09.2012.  
<http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/pkk-der-kurdische-krieg-der-tuerkei-11886351.html> (10.10.2012).
- Gerdes, Hilke 2009: *Türken in Berlin*, Berlin: be.bra Verlag.
- Greve, Martin/Orhan, Kalbiye Nur 2008: *Berlin Deutsch-Türkisch. Einblicke in die neue Vielfalt*, Berlin: Der Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration.
- Gürbey, Gülistan 1999: Auswirkungen des türkischen Kurdenkonfliktes auf die Beziehungen von TürkInnen, KurdInnen und Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Navend – Zentrum für Kurdische Studien e.V. (Hg.) 1999: *KurdInnen in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch*, Bonn: Navend, 183-200.
- Güsten, Susanne 2009: Die Kurdenfrage in der Türkei, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, 59 (39-40), 20-26.
- Han, Petrus 2006: *Theorien zur internationalen Migration*, Stuttgart: UTB.
- Hanrath, Jan 2011a: *Spannungen zwischen Migrantengruppen: Importiert oder hausgemacht? Empfehlungen an kommunale Akteure am Beispiel des türkisch-kurdischen Konflikts*, Bonn: Stiftung Entwicklung und Frieden.
- Hanrath, Jan 2011b: *Vielfalt der türkeistämmigen Bevölkerung in Deutschland*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, 61 (43), 15-21.
- Heitmeyer, Wilhelm/Müller, Joachim/Schröder, Helmut. 1997: *Verlockender Fundamentalismus*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Herbert, Ulrich 2003: *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland: Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Horst, Cindy et al. 2010: *Participation of Diasporas in Peacebuilding and Development. A Handbook for Practitioners and Policymakers*. PRIO Report 2, Oslo: Peace Research Institute Oslo.
- Ibrahim, Ferhad/Gürbey, Gülistan 2000: *The Kurdish Conflict in Turkey. Obstacles and Chances for Peace and Democracy*, Berlin et al.: LIT Verlag.
- Kapphan, Andreas 2001: *Migration und Stadtentwicklung. Die Entstehung ethnischer Konzentrationen und ihre Auswirkungen*, in: Gesemann, Frank (Hg.): *Migration und Integration in Berlin. Wissenschaftliche Analysen und politische Perspektiven*, Opladen: Leske + Budrich, 89-108.
- Keck, Margaret E./Sikkink, Kathryn 1998: *Activists Beyond Borders. Advocacy Networks in International Politics*, Ithaca, London: Cornell University Press.



- Kesen, Nebi 2009: Kurdenfrage in der Türkei. Eine aktuelle Bestandsaufnahme, in: *ORIENT - Deutsche Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur des Orients*, 2009 (3), 37-47.
- Kivisto, Peter 2001: Theorizing Transnational Immigration. A Critical Review of Current Efforts, in: *Ethnic and Racial Studies*, 24 (4), 549-577.
- Leggewie, Claus 1996: How Turks Became Kurds, Not Germans, in: *Dissent*, 43 (2), 79-83.
- Lyon, Alynna J./Uçarer, Emek M. 2005: Mobilizing Ethnic Conflict. Kurdish Separatism in Germany and the PKK, in: Koslowski, Rey (Hg.): *International Migration and the Globalization of Domestic Politics*, Oxford: Routledge, 62-82.
- Lyons, Terence 2004: *Globalization, Diasporas, and Conflict*, Draft Paper, San Diego: Institute for International, Comparative and Area Studies.
- Martiniello, Marco/Lafleur, Jean-Michel 2008: Towards a Transatlantic Dialogue in the Study of Immigrant Political Transnationalism, in: *Ethnic and Racial Studies*, 31 (4), 645-663.
- Massey, Douglas S. et al. 1998: *Worlds in Motion. Understanding International Migration at the End of the Millennium*, Oxford et al.: Clarendon Press.
- McDowall, David 2005: *A Modern History of the Kurds*, 3. überarb. Aufl., London, New York: I. B. Tauris.
- Mertens, Ilja 2000: Von einer „inneren Angelegenheit“, die auszog, Europa das Fürchten zu lehren. Transstaatliche Mobilisierung und das „Kurdenproblem“ 2000, in: Faist, Thomas (Hg.): *Transstaatliche Räume. Politik, Wirtschaft und Kultur in und zwischen Deutschland und der Türkei*, Bielefeld: Transcript, 159-199.
- Navend – Center for Kurdish Studies: *Kurden in Westeuropa. Schätzungen für das Jahr 2002*, o.D.  
<http://www.navend.de/html/kurden/asylsuchende.pdf> (25.08.2011).
- Nuscheler, Franz 1996: Migration, Ethnizität und Konflikt in Afrika, in: Bade, Klaus J. (Hg.): *Migration, Ethnizität, Konflikt*, Osnabrück: Universitätsverlag Rasch, 289-304.
- Nuscheler, Franz 2004: *Internationale Migration. Flucht und Asyl*, 2. Aufl., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- OECD Programme for International Student Assessment 2006: *Where Immigrant Students Succeed. A Comparative Review of Performance and Engagement in PISA*, Paris: OECD.
- Østergaard-Nielsen, Eva Kristine 2006: *Diasporas and Conflict Resolution. Part of the Problem or Part of the Solution?*, DIIS Brief, Copenhagen: Danish Institute for International Studies.
- Perrin, Nathalie 2010: *Beyond the Core Conflict. New Minorities, New Confrontations & New Policies*, Final Report of Work Package 5 of the Research Project International Civil Society Forum on Conflicts (INFOCON), Liège: Center for Ethnic and Migration Studies.



- Pirkkalainen, Päivi/Abdile, Mahdi 2009: The Diaspora-Conflict-Peace-Nexus. A Literature Review, DIASPEACE Working Paper No. 1, Brussels: University of Jyväskylä/Diaspeace Project.
- Portes, Alejandro/Guarnizo, Luis/Landolt, Patricia 1999: The Study of Transnationalism. Pitfalls and Promise of an Emergent Research Field, in: *Ethnic and Racial Studies*, 22 (2), 217-237.
- Pries, Ludger 2010: *Transnationalisierung. Theorie und Empirie grenzüberschreitender Vergesellschaftung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Scheufele, Bertram 2002: Mediale Kultivierung des Fremden. Mehrstufige Klimateffekte der Berichterstattung. Medien, Problemgruppen, öffentliche Meinung und Gewalt am Fallbeispiel ‚Kurden‘, in: Esser, Frank/Scheufele, Bertram/Brosius, Hans-Bernd (Hg.): *Fremdenfeindlichkeit als Medienthema und Medienwirkung. Deutschland im internationalen Scheinwerferlicht*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 142-185.
- Skubusch, Sabine 2000: *Kurdische Migrantinnen und Migranten im Einwanderungsland Deutschland. Wie werden sie von der Pädagogik und der Bildungspolitik berücksichtigt?*, Duisburg/Essen.  
<http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/go/dissOnline/fb02/2000/skubusch.sabine> (10.10.2012).
- Schmidt, Susanne 2000: *Kurdisch-sein mit deutschem Pass! Formale Integration, kulturelle Identität und lebensweltliche Bezüge von Jugendlichen kurdischer Herkunft in Nordrhein-Westfalen*, Bonn: Navend – Zentrum für Kurdische Studien.
- Sökefeld, Martin 2006: Mobilizing in Transnational Space. A Social Movement Approach to the Formation of Diaspora, in: *Global Networks*, 6 (3): 265-284.
- Spielhaus, Riem 2006: Religion und Identität. Vom deutschen Versuch, „Ausländer“ zu „Muslimen“ zu machen, in: *Internationale Politik*, 61 (3), 28-36.
- Stanat, Petra 2008: Heranwachsende mit Migrationshintergrund im deutschen Bildungswesen, in: Cortina, Kai S. et al. (Hg.): *Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland: Strukturen und Entwicklungen im Überblick*, Reinbek: Rororo, 683-743.
- Swain, Ashok 2002: *Social Network & Social Movement. Are Northern Tools Useful to Evaluate Southern Protests?*, Uppsala Peace Research Paper No. 4, Uppsala: Department of Peace and Conflict Research.  
[http://www.pcr.uu.se/digitalAssets/18/18595\\_UPRP\\_No\\_4.pdf](http://www.pcr.uu.se/digitalAssets/18/18595_UPRP_No_4.pdf) (10.10.2012).
- Tarrow, Sidney 1994: *Power in Movement. Social Movements, Collective Action and Politics*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Verkuyten, Maykel/Brug, Peary 2002: Ethnic Identity Achievement, Self-Esteem, and Discrimination among Surinamese Adolescents in the Netherlands, in: *Journal of Black Psychology*, 28 (2), 122-141.



Vertovec, Steven 2004: Trends and Impacts of Migrant Transnationalism, Working Paper No. 3, University of Oxford: Centre on Migration, Policy and Society.

<http://www.cedir.fr/cedir2/wp-content/uploads/2012/07/VERTOVEC-Stephen-Migrant-Transnationalism-and-Modes-of-Transformation.pdf>  
(10.10.2012).

Woellert, Franziska/Kröhnert, Steffen/Sippel, Lilli et al.2009: Ungenutzte Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland, Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

[http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user\\_upload/Zuwanderung/Integration\\_RZ\\_online.pdf](http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/Zuwanderung/Integration_RZ_online.pdf)  
(10.10.2012).

Zentrum für Türkeistudien 1998: Das ethnische und religiöse Mosaik der Türkei und seine Reflexionen auf Deutschland, Münster: LIT-Verlag.

Zunzer, Wolfram 2004: Diaspora Communities and Civil Conflict Transformation, Berghof Occasional Paper No. 26, Berlin: Berghof Research Center for Constructive Conflict Management.

<http://edoc.vifapol.de/opus/volltexte/2011/2543/pdf/boc26e.pdf>  
(10.10.2012).

## Zuletzt erschienene INEF-Reporte

- Christian Bueger/Jan Stockbrügger/Sascha Werthes:** Strategische Fehler der Pirateriebekämpfung. Somalia, Peacebuilding und die Notwendigkeit einer umfassenden Strategie. Duisburg (INEF-Report 104/2011), 44 S.
- Hippler, Jochen:** Strategische Grundprobleme externer politischer und militärischer Intervention – Unter besonderer Berücksichtigung der Krisensituationen des Nahen und Mittleren Ostens. Duisburg (INEF-Report 103/2011), 56 S.
- Werthes, Sascha/Heaven, Corinne/Vollnhals, Sven:** Assessing Human Insecurity Worldwide. The Way to a Human (In)Security Index. Duisburg (INEF-Report 102/2011), 62 pp.
- Meyns, Peter/Musamba, Charity (eds.):** The Development State in Africa. Problems and Perspectives. Duisburg (INEF-Report 101/2010), 68 pp.
- INEF (Hrsg.):** Sonderheft. Entwicklung, Frieden und Global Governance: Ein Rückblick auf 100 Ausgaben des INEF-Reports, 27 S.
- Kurtenbach, Sabine/Seifert, Matthias:** Development Cooperation after War and Violent Conflict - Debates and Challenges. Duisburg (INEF-Report 100/2010), 44 pp.
- Pech, Birigit:** Korruption und Demokratisierung. Rekonstruktion des Forschungsstandes an den Schnittstellen zu Institutionenökonomik und politischer Transformationsforschung. Duisburg (INEF-Report 99/2009), 36 S.
- Goede, Nils:** Die Intervention der Vereinten Nationen in Somalia. Eine Analyse der Entscheidungsprozesse im Sicherheitsrat für die Resolution 794. Duisburg (INEF-Report 98/2009), 42 S.
- Wulf, Herbert (Hg.):** Still Under Construction. Regional Organisations' Capacities for Conflict Prevention. Duisburg (INEF-Report 97/2009), 56 S.
- Nuscheler, Franz:** Good Governance. Ein universelles Leitbild von Staatlichkeit und Entwicklung? Duisburg (INEF-Report 96/2008), 68 pp.



Einzelexemplare können gegen Rechnung schriftlich beim INEF bestellt werden:  
Institut für Entwicklung und Frieden, Universität Duisburg-Essen,  
Fakultät für Gesellschaftswissenschaften, D-47048 Duisburg.  
Kosten je Report: 3,00 Euro (innerhalb Deutschlands) bzw. 5,00 Euro (innerhalb Europas).  
Bestellformulare finden Sie auf unserer Homepage.  
Alle INEF-Reporte stehen im Internet zum kostenfreien Download zur Verfügung:  
<http://inef.uni-due.de>

# Das Institut für Entwicklung und Frieden (INEF)

Das Institut für Entwicklung und Frieden (INEF), das im Jahr 1990 gegründet wurde, ist eine Forschungseinrichtung der Fakultät für Gesellschaftswissenschaften der Universität Duisburg-Essen am Campus Duisburg. Es kooperiert eng mit der Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF), Bonn, die 1986 auf Initiative des früheren Bundeskanzlers und Friedensnobelpreisträgers Willy Brandt gegründet wurde.

Das INEF verbindet wissenschaftliche Grundlagenforschung mit anwendungsorientierter Forschung und Politikberatung in folgenden Bereichen: Global Governance und menschliche Sicherheit, fragile Staaten, Krisenprävention und zivile Konfliktbearbeitung sowie Entwicklung, Menschenrechte und Unternehmensverantwortung.

Der spezifische Ansatz des INEF, das als einziges Forschungsinstitut in Deutschland Fragen an der Schnittstelle von Entwicklung und Frieden bearbeitet, spiegelt sich auch im breiten Spektrum der Drittmittelgeber wider. Das INEF führt, oft in Kooperation mit nationalen sowie internationalen Partnern, eigene Forschungsprogramme durch und erschließt systematisch internationale Expertise und Weltberichte. Projekte führt das INEF auch für nicht-staatliche Organisationen (NGOs) und NGO-Netzwerke durch. Das Institut ist in ein internationales Forschungsnetzwerk eingebettet.

## Leitung und Vorstand

Direktor: Prof. Dr. Tobias Debiel

Wissenschaftliche Geschäftsführerin: Dr. Cornelia Ulbert

Vorstand: Prof. Dr. Tobias Debiel (Sprecher); Prof. Dr. Christof Hartmann (stellv. Sprecher); Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte (Dekan der Fakultät für Gesellschaftswissenschaften); Dr. Brigitte Hamm; Prof. Dr. Thomas Heberer; Prof. Dr. Claus Leggewie; Prof. Dr. Dirk Messner; Prof. Dr. Werner Pascha; Prof. Dr. Susanne Pickel; Ursula Schürmann; Prof. Karen Shire PhD; Prof. Dr. Harald Welzer; Benjamin Werner; beratend: Prof. Michael Bohnet, Ministerialdirektor i.R.; Prof. em. Dr. Othmar Haberl; Prof. em. Dr. Peter Meyns; Prof. em. Dr. Franz Nuscheler.

## Die Reihe INEF-Report

In den INEF-Reporten werden wichtige Arbeitsergebnisse aus den Forschungsprojekten des Instituts publiziert. Die INEF-Reporte erscheinen in unregelmäßiger Reihenfolge.



FAKULTÄT FÜR  
GESELLSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

Institut für Entwicklung und Frieden (INEF)  
Lotharstr. 53 D - 47057 Duisburg  
Telefon +49 (203) 379 4420 Fax +49 (203) 379 4425  
E-Mail: [inef-sek@inef.uni-due.de](mailto:inef-sek@inef.uni-due.de)  
Homepage: <http://inef.uni-due.de>